

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Donnerstag, den 7. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die künftigen Reichstagswahlen in Ungarn.

Die künftigen Reichstagswahlen in Ungarn werden auf Grund des neuen Wahlrechts und nach der neuen Wahlkreiseinteilung vor sich gehen. Dadurch wird eine ganz neue Situation geschaffen, und zwar eine Situation, die jede Prophezeiung über den Wahlausfall ausschließt. Auf dem Kampffeld werden drei neue Parteien erscheinen: eine radikal-bürgerliche Partei, eine christlich-soziale Partei und die Sozialdemokratie, die schon seit einem halben Menschenalter für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kämpft, ohne bisher wesentlich aktiv im Wahlkampfe mitzuwirken. Diese drei neuen Parteien werden aller Voraussicht nach mit den bereits bestehenden Oppositionsparteien vor allem darauf sehen, der Regierung so viel Wahlkreise als nur möglich streitig zu machen. Welche Folgen diese Taktik nun besonders in den städtischen Wahlkreisen auf die Regierungspartei ausübt, ist noch nicht ganz zu übersehen. Die städtischen Wahlkreise haben geheime Abstimmung, und ihre Zahl ist infolge der neuen Wahlkreiseinteilung auf 55 gestiegen; sie bilden nahezu ein Sechstel aller Wahlkreise. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Regierung in diesen städtischen Wahlkreisen große Erfolge erzielt, denn durch das neue Wahlrecht werden eine Menge kleine Leute einbezogen, die sicher für die Opposition stimmen. Für den in diesen Kreisen etwas herrschenden nationalen Fanatismus sorgt genügend die in den letzten politischen Kämpfen beliebt gewordene Fiskal-Partei und die von ihr ins Schlepptau genommene Kossuth-Partei, deren Führer der erbitterte Gegner Tisza, Graf Apponyi ist. So wäre es leicht möglich, daß der enge Zusammenschluß aller Oppositionsparteien die gegenwärtige Majorität des Reichstags in eine Minorität verwandelt.

Das neue Wahlrecht und die neue Einteilung der Wahlkreise lassen aber auch die verdrängten Nationalitäten mehr zur Geltung kommen, als bisher. Nicht nur die Rumänen, sondern auch die Serben und Slowaken werden eigene Kandidaten aufstellen. Sie haben in manchen Wahlkreisen auch Aussicht, sie durchzubringen. Werden die Nationalitätenvertreter so stark, daß sie im künftigen Reichstag den Ausschlag zwischen Regierung und Opposition geben, so ist die Regierung auch noch nicht gesichert, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß die Nationalitätenvertreter für ihren Dienst Gegenforderungen aufstellen, die Regierung aber, die das magyarische Prinzip präsentierte, wird oft nicht in der Lage sein, diese Forderungen zu erfüllen.

Indessen, noch hat die Regierung viele Trümpe in der Hand, und noch liegt der Sieg der Opposition in weiter Ferne, denn das neue Wahlrecht und die Verordnungen über die Einteilung der Wahlkreise, die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, die Einsetzung der Prüfungskommission und die Zusammenstellung der Wählerlisten enthalten Mittel in Hülle und Fülle, das arbeitende Volk zu entzweien. Nur ein Bruchteil der Arbeiter wird zur Wahlurne zugelassen, und auch diesem Bruchteil türmen sich zahlreiche Hindernisse entgegen. Die Wahlkreiseinteilung wird für die Arbeiterklasse möglichst ungünstig gestaltet. Sie spaltet städtische Bezirke derart, daß die Arbeiterstimmen nach Belieben hin- und hergeworfen werden, und sie teilt ländliche Bezirke so ein, daß sie 60, 70 und selbst 80 Gemeinden umfassen, die sich auf Länderstrecken bis zu 50 Kilometer erstrecken. Mit der Zusammenstellung der Wählerlisten ist eine Kommission betraut; die Wähler haben sich zum Zwecke der Aufnahme in die Wählerliste zu melden und ihre Berechtigung als Wähler nachzuweisen. Aber die Kommission hat auch das Recht, diejenigen Personen, die sie für Wähler hält, aus eigener Initiative und ohne daß diese Leute vor der Kommission zu erscheinen brauchen, in die Wählerlisten aufzunehmen. Bei der ungarischen Wahlpraxis ist schon im voraus sicher, daß diese Kommission im ganzen Lande das Regierungs-„Stimmvieh“ in die Listen aufnehmen, den oppositionsverdächtigen Wähler aber unter irgend welchen Vorwänden abweisen wird.

Trotz dieses organisierten Wahlrechtsraubes, der sich vornehmlich gegen die Arbeiterklasse richtet, fällt der sozialdemokratischen Partei im nächsten Wahlkampf eine bedeutungsvolle Rolle zu. Zwar ist die Partei noch durch Beschluß des letzten Parteikongresses an Passivität im Wahlkampfe gebunden, aber im Hinblick darauf, daß der diesjährige Kongreß jenen Beschluß aufheben und sich für aktive Beteiligung an der Wahl aussprechen könnte, hat die Parteileitung alle Vorbereitungen für den Wahlkampf getroffen. Durch Proklamation und Flugchriften wurden die Arbeiter aufgefordert, sich in die Wählerlisten ein-

zeichnen zu lassen, denn nur diejenigen dürfen abstimmen, die in der Wählerliste stehen. Die Parteileitung hat ferner einen Aufruf ergehen lassen, der die Genossen, welche an den Vorbereitungen des Wahlkampfes sich beteiligen und ihre freie Zeit der Partei widmen wollen, auffordert, sich zu melden. In der Hauptstadt allein sind diesem Rufe 5230 Genossen gefolgt.

Sollte nun der diesjährige Parteikongreß, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Frühherbst abgehalten wird, die Wahlbeteiligung beschließen, dann wird die Sozialdemokratie in den 66 städtischen Wahlkreisen, die geheimes Stimmrecht besitzen, Kandidaten aufstellen. Auch in den Kohlenrevieren wird die Partei Kandidaten aufstellen und in den Kampf eintreten, wenn auch wenig Erfolg zu erwarten ist. Diese Kohlenreviere sind in gewöhnlichen Zeiten für jede Aufklärung hermetisch abgeschlossen. Versammlungen werden dort verboten, die Agitatoren von Gendarmen aufgegriffen und von den Stuhlrichtern ausgewiesen. Im Wahlkampfe aber muß man schließlich den Kandidaten zu reden erlauben, und so gelingt es endlich, an die 80 000 Bergarbeiter heranzukommen. Auch in einigen deutschen Wahlkreisen wird die Partei Kandidaten aufstellen müssen, einesteil, um der alldemokratischen Agitation entgegenzutreten, andererseits um den deutsch-sprechenden Arbeitern zu beweisen, daß die Sozialdemokratie alle Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität umfaßt.

Wenn also auch die Taktik der Sozialdemokratie Ungarns noch nicht feststeht, das eine bleibt gewiß, daß die ungarländische Sozialdemokratie in allen Fällen die arbeiterfeindliche Regierung bis aufs Messer bekämpfen und alles aufbieten wird, Tisza und seiner Regierung so viel Unannehmlichkeiten als möglich zu bereiten.

## Immer feste druff!

Herr v. Falkenhayn hat sich in seiner kaum 10monatigen Amtstätigkeit als Kriegsminister viel Mühe gegeben, eine Reihe von Qualitäten zu erwerben, die ihm im parlamentarischen Kampf zugute kommen sollen. Er hat es auch gelernt, mit Geduld die Reden anzuhören, die ihn genieren, ohne mit der Wimper zu zucken, und wenn er spricht, versteht er es schon ganz gut, die patriotische Leier zu schlagen, deren Klänge alle bürgerlichen Parteien folgen lassen. Trotzdem hat sein gestriges recht sorgfältig präpariertes Auftreten wiederum unglücklich und zuweilen mitleiderregend gewirkt. Herr v. Falkenhayn will zu geschickt und zu energisch sein, und darunter leidet am meisten seine Argumentation. Er mag es noch so angestrengt vermeiden, in den angriffslustigen Ton zu verfallen, der sein Auftreten während der Zaubersprachen ausgezeichnete — von Zeit zu Zeit verfällt er in die alten Sünden und hat den Erfolg, den solche rednerische und gedankliche Unbeholfenheit notwendig erzeugt, den der ungewollten Heiterkeit.

Der Kriegsminister sprach erst, nachdem alle Parteien zu Wort gekommen waren. Vor ihm hatte in dieser Sitzung zuerst Herr Rogalla v. Bieberstein die übliche konservative Rede gehalten. Dann hatte Herr Dr. Müller-Miningen die Wünsche wiederholt, die seit Jahren die Fortschrittliche Volkspartei in mutigen Redensarten vertritt, ohne in entscheidenden Augenblicken, wie sie etwa die vorjährige Militärvorlage bot, wirksam auch die Macht zu ihrer Durchsetzung aufzubringen. Der fortschrittliche Redner hatte dabei in einigen Punkten sehr glückliche Argumente für seine Forderungen, zu deren Durchsetzung allerdings, wie gesagt, größte Entschlossenheit gehört. Erst nachdem der Reichsparteiler Hegen-scheidt die Rede gehalten hatte, die er vermutlich schon öfter auf Kriegerversammlungen zum besten gegeben hat, und nachdem Herr Werner-Hersfeld den Kronprinzen besungen hatte, nahm der Kriegsminister das Wort.

Die Stimmung, die diese Rede erfüllte, wurde von Genossen L e d e b o u r glänzend gekennzeichnet durch den nicht mißverständlichen Zwischenruf: Immer feste druff! Das war in der Tat, was diese rhetorische Anstrengung auszeichnete. Ob Herr v. Falkenhayn die Existenz von Mißständen bestritt, ob er etwa leugnete, daß aus konfessionellen Gründen eine Beförderung entschieden oder abgelehnt wird, ob er die Ausdehnung der Soldaten-mißhandlungen auf ein leider nicht vorhandenes Minimum zu reduzieren versuchte, oder ob er mit schneidiger Energie für die Rechte der Militärverwaltung, des Militärcabinetts und der Kommandogewalt eintrat — es war immer derselbe Ton und dieselbe Tendenz. Am deutlichsten zeigte sie sich zweifellos in den scharfen Angriffen, die zur Erheiterung der ganzen Linken die Berechtigung des Generals gegen die Sozialdemokratie aufbrachte. Dabei passierte übrigens dem Redner das Mißgeschick, zum Beweis für seine Ausführungen und zum Beweis für die Gesinnung der Sozialdemokratie ein Zitat vom Stuttgarter Internationalen Jugendkongreß vorzutragen, daß, wie L i e b t n e c h t sofort feststellte

konnte, im Protokoll überhaupt nicht existiert. Viel mehr Erfolg hatte Herr v. Falkenhayn, als er, möglicherweise unfreiwillig, den Geist proklamierte, der den ganzen Militarismus besetzt. Es waren Minuten köstlicher Heiterkeit, als er von der Kultur sagte, sie könne ihm gestohlen werden! Das darf man Herrn v. Falkenhayn ohne weiteres glauben.

Dem kriegerischen Redner wird Genosse Stücklen in seiner heutigen Antwort sicherlich nichts schenken.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Zur Seniorenkongress des Reichstags

machte der Präsident am Mittwoch Mitteilungen über die Unterredung zwischen ihm und dem Reichskanzler über die Frage, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen werden solle. Der Reichskanzler habe erklärt, daß er prinzipiell wohl für den Schluß der Session sei; indessen sei er gewillt, harmonisch mit dem Reichstag zusammen zu arbeiten, es komme nur auf den Stand der Gesetzentwürfe an. Über diese Mitteilung entspann sich im Seniorenkongress eine längere Besprechung, aus der hervorging, daß alle Parteien ungehalten sind darüber, daß die Frage der Vertagung seit längeren Jahren immer mit der Fertigstellung von Gesetzentwürfen und mit der Erledigung von Wünschen der Regierung verknüpft werde. Die beste Lösung sei, daß die Fahrkarten, wie der Reichstag bereits beschlossen hat, für die ganze Legislaturperiode gültig gemacht werden, dann würde die Frage der Fahrkarten nicht, wie es jetzt immer, besonders auch in der Presse, geschehe, mit der Vertagung oder Schließung des Reichstags verknüpft werden. Der Seniorenkongress kam überein, daß man unbeschadet der Frage, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird, sich schlüssig machen müsse über das, was der Reichstag nun noch zu tun gedenkt. Dabei wurde festgestellt, daß am Mittwoch in der Budgetkommission alle Parteien einstimmig die vorliegenden Anträge der Budgetkommission zur Besoldungsvorlage angenommen haben, woraufhin der Schatzsekretär Kühn im Namen der Regierung diese Gestaltung des Gesetzes als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Dessen ungeachtet soll nun die Besoldungsvorlage am Donnerstag im Plenum beraten werden. Sie werde nicht viel Zeit in Anspruch nehmen und jedenfalls mit den Anträgen, die einstimmig von der Kommission beschlossen worden sind, schnell verabschiedet werden. Dann stehe es bei der Regierung, ob die Besoldungsvorlage Gesetz wird oder nicht. Das Kennwettgesetz, das erst neuerdings vorgelegt worden ist, soll in dieser Session nicht mehr erledigt werden. Zum Ausdruck kam, daß der Reichstag nicht geneigt ist, mit dem Kennwettgesetz ein Gesetz zu schaffen, das Steuern auf Vorrat bringt, sofern die Regierung den Besoldungsgesetzesentwurf nicht Gesetz werden läßt. Ferner kam man überein, daß, sobald der Etat des Kriegsministers erledigt ist, der Etat des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers auf die Tagesordnung zu setzen, sodas diese Etatspositionen nicht direkt an den Schluß der zweiten Lesung des Etats kommen. Dann soll verjucht werden, die Postdampfer-Vorlage in dritter Lesung zu verabschieden, außerdem das Konkurrenzklausegesetz, den Entwurf über Bürgschaften für den Kleinwohnungsbau, das Militär-Strafgesetz, das Spionagegesetz, die Vorlage über Gebühren für Zeugen und Sachverständige, den Gesetzesentwurf über den Kolonialgerichtshof, und endlich soll die Duala-Frage erledigt werden. Die Budgetkommission wird jedenfalls am Donnerstag mit ihren Sitzungen zu Ende sein; dann sollen die Sitzungen des Plenums um 10 Uhr morgens beginnen, damit alle diese Vorlagen erledigt werden können.

### Die Besoldungsnovelle gescheitert.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte am Mittwoch in zweiter Lesung die Besoldungsnovelle nach den Beschlüssen erster Lesung. Namens der verbündeten Regierungen erklärte Schatzsekretär Kühn, daß zwischen diesen Beschlüssen und der Stellung der Regierungen eine unüberbrückbare Differenz bestehe, die es ihm unmöglich mache, besonders im Hinblick auf die Konsequenzen für Preußen, den Beschlüssen beizutreten. Darauf erklärte Gen. Ebert, die Sozialdemokraten seien bereit, sich auf den Boden der Beschlüsse erster Lesung zu stellen; die Erklärung der Regierung komme um so überraschender, als die Regierung in vorangegangenen Besprechungen ihren grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt nie zum Ausdruck gebracht, sondern immer die Wahrscheinlichkeit offen gelassen habe, daß eine Verständigung zu erzielen sein werde. Die Verantwortung für die in Beamtenkreisen entstehende Beunruhigung und Mißstimmung falle auf die Regierung. Für die

übrigen Parteien gaben die Abgg. Bassermann (N.L.), Hubrich (Wpt.), Dertel (R.) und Macken (Z.) ähnliche Erklärungen ab. Darauf wurde die Besoldungsnovelle nach den Beschlüssen erster Lesung einstimmig angenommen; sie darf aber im Hinblick auf die Regierungserklärung als gescheitert angesehen werden.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, der alsdann nach den Vorschlägen des Referenten zur Erledigung kam, machte Schachlektar Kühn zwei bemerkenswerte Mitteilungen: einmal, daß die Vorarbeiten für ein Reichs-Zigaretten-Monopol im Gange sind, sodann, daß Pressmeldungen über ein Ergebnis des Wehrbeitrags falsch seien. Mit großem Eifer und voller Einmütigkeit legten sich die Abgg. Schiffer (N.L.), Gothein (Wpt.), Speck und Erberger (Zentr.), Graf Westarp (Kon.) u. a. für möglichst wohlwollende Auslegung und schonendste Handhabung der Vorschriften über den Generalparadon ins Zeug, damit die zahlreichen Steuerbetreiber vor nachträglicher Bestrafung, die ihnen jetzt vielfach droht, bewahrt bleiben. Auch für die Allerärmsten fiel dabei ein Vorschlag vom Tisch: die Zuwendungen an bedürftige Familien, die mehrere Söhne beim Militär haben, sollen als unpfändbar erklärt werden, um sie nicht, wie dies bereits geschehen, dem Gerichtsvollzieher in die Hände fallen zu lassen. Selbstverständlich traten die Sozialdemokraten für diese Anregung ein, deren Berücksichtigung die Regierung zusagte.

### Das preussische Abgeordnetenhaus

beendete am Mittwoch zunächst die Debatte über das Kapitel Höheres Schulwesen vom Kultusetat. Ein fortschrittlicher Antrag auf gesetzliche Regelung des Privat-Schulwesens wurde nach kurzer Debatte der Unterrichts-Kommission überwiesen. Sodann begann die Beratung des Kapitels Elementarunterrichtswesen. Hierzu lag u. a. auch der bekannte Antrag auf Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht vor. Die Mehrheitsparteien hatten sich aber dahin verständigt, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen. Gen. Hirsch erhob Widerspruch gegen den Plan, aber nur die Fortschrittler und Sozialdemokraten stimmten ihm bei. Der Antrag soll also, falls die Session bis dahin nicht geschlossen ist, gelegentlich einmal zur Beratung kommen. — Die Debatte erstreckte sich zunächst auf die Anträge, die sich auf den Ausgleich der Volksschullasten beziehen. Die Redner aller Parteien, soweit sie bisher zu Worte kamen, sind sich dahin einig, daß gesetzliche Maßnahmen gegen die Überlastung der Gemeinden ergriffen werden müssen. Nur über den Weg, der zu diesem Ziele führt, gehen die Anschauungen auseinander. Auch der Kultusminister erklärte, daß die Regierung bisher sich noch nicht klar sei, welche Maßnahmen sie zu ergreifen habe. Die Fortschrittler und Sozialdemokraten werden erst am Donnerstag, wo die Debatte fortgesetzt wird, zu Worte kommen.

### Zum Streik an der Berliner Handelshochschule.

Der Konflikt ist noch nicht beigelegt. Die Dozenten wollen jetzt das Eingreifen der Aufsichtsbehörde erbitten. — Den alldeutschen Blättern ist der Streik der Studierenden sehr wider den Strich gegangen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fragen, ob die Hochschüler denn wirklich als vollwertige Studenten anzusehen sind, und schreiben: „Wir können unerfahrenen Jünglingen nicht die Befugnis einräumen, zugunsten eines mit noch so großem Recht beliebigen und angehenden Lehrers in einem Sympathiestreik einzutreten. Wir verstehen es deshalb vollkommen, wenn die Ältesten sich auf irgend welche Verhandlungen nicht einlassen wollen, bevor nicht die Hochschüler zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind.“

### Bettinger als Nachfolger Kopp's.

Der Münchener Erzbischof v. Bettinger holt sich in Rom den Kardinalshut. Er gilt bereits als der Nachfolger des verstorbenen Kardinals Kopp. Bettinger soll in Rom sehr gut angezogen sein. Eine römische Korrespondenz meldet:

„In Rom ist Herr v. Hartmann, der Kölner Erzbischof, so ziemlich unten durch, auch wenn er „anstandslos“ gleich Herrn v. Bettinger den Purpur erhält. Der Jesuitengeneral Pater Wernz hatte bei seinem jüngsten Aufenthalt in Rom dem Münchener Kirchenfürsten die Wege bereitet. Beide, Wernz sowohl wie Bettinger, arbeiten mit verteilten Rollen an einer Ausgabe: die Rückkehr der Jesuiten durch den von München ausgehenden Druck auf das Zentrum und auf die Berliner Regierung zu erzwingen. Der Papst, der übrigens beratt hinsichtlich ist, daß er sich jetzt um die Geschäftsführung der Kurie absolut nicht mehr kümmern kann, hätte dem Zentrum den Hauptwiderstand entgegengesetzt. Nachdem dieser gebrochen, haben die Freunde des Zentrums in Rom wieder das Wort. Und Herr v. Bettinger tut das menschenmöglichste, die Umgebung des Papstes zu überzeugen, daß ohne das Zentrum Rom in Deutschland keine Geschäfte machen kann.“

### Unpfändbarkeit der Aufwandsentschädigung.

Mit der Verabschiedung der Heeresvorlage wurde bestimmt, daß an Eltern, die Söhne beim Militär haben, eine Entschädigung zu bezahlen ist, sobald die Dienstzeit der Söhne zusammengekommen 6 Jahre übersteigt. Sämtliche Fraktionen des Reichstags sind nun übereingekommen, im Reichstag zu beantragen, die Aufwandsentschädigungen für unpfändbar zu erklären. Der Antrag ist bereits am Donnerstag auf der Tagesordnung des Reichstags und dürfte glatt erledigt werden.

### Die gefüllte Kompottschüssel.

Mit der bevorstehenden Verabschiedung des Konkurrenzklauselegesatzes ist namentlich nach der Erklärung des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes im Reichstage die Frage einer Neuregelung der Verhältnisse der technischen Anstellungen spruchreif geworden. Die „Berl. Pol. Nachr.“ jammern hierüber: „Somit dürfte die Substanz, trotz den wiederholten Versprechungen amtlicher Stellen, daß eine längere Ruhepause in der Sozialpolitik eintreten und dem Wirtschaftlichen Zeit gelassen werden müßte, mit

den neuen gesetzgeberischen Belastungen der letzten Jahre sich abzufinden, einer erneuten Beunruhigung und Benachteiligung durch gesetzgeberische Eingriffe entgegenzusehen haben.“ Im gleichen Atemzuge wird den Handlungsgehilfen zu Gemüte geführt, daß sie den bürgerlichen Parteien Dank schuldig sind für das Konkurrenzklauselgesetz und danach ihr Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie einzurichten haben.

### Zigaretten-Monopol.

Der Verband deutscher Zigarettenfabrikanten hat an Reichstag und Bundesrat Eingaben gerichtet, in denen die Einführung des Zigaretten-Monopols verlangt wird. Die Kosten der Ablösung der bestehenden Betriebe werden auf 215 Millionen Mark berechnet. Die sonst noch entstehenden Kosten auf 125 Millionen, so daß die Monopolanleihe eine Schuldenlast von 340 Millionen Mark mit 20% Millionen Mark pro Jahr zu verzinsen hätte. Die Einnahme wird auf 161 Millionen Mark berechnet gegenüber 76 Millionen Mark, die das Reich im laufenden Jahr an Zoll und Steuer für Zigaretten einnimmt. Menschenfreundlich fügt die Denkschrift hinzu, daß die Monopoleinnahme um 25–30 Millionen erhöht werden könnte, wenn der Preis der billigsten Zigarette auf 2 Pfennig heraufgesetzt würde.

### Folgen der Teuerung — Rückgang des Fleischkonsums.

Der jeben veröffentlichte amtliche Bericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes in Augsburg für das Jahr 1913 weist einen weiteren erheblichen Rückgang der Schlachtungen und des Fleischkonsums auf. Der Verbrauch an Fleisch betrug im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 61,4 Kilogramm. Gegenüber dem Vorjahre ist der Konsum um 2,6, und gegenüber dem Jahre 1910 um 12,6 Kgr. zurückgegangen. Gleichzeitig hat der Konsum an Pferdefleisch ständig zugenommen und im Jahre 1913 verzeichnet der Bericht zum erstenmal das gewerbmäßige Schlachten von Hunden im städtischen Schlachthof. — Der Bericht konstatiert ausdrücklich, daß nicht Mangel an Vieh die Ursache des Rückganges der Schlachtungen und des Fleischkonsums gewesen ist, sondern lediglich die teureren Fleischpreise. — Trotzdem die Absperrung vor dem Auslande im Interesse der Agrarier.

### Schweiz.

**Basel.** Am Sonntag, dem 3. Mai, hat das Berner Volk sein Parlament und seine Regierung erneuert. Die bisherige Regierung — Freisinnsherrn mit einer kleinen Konzeption an die Konservativen — wurde bestätigt. Die Sozialdemokratie hatte den Beschluß gefaßt, angesichts der geringen parlamentarischen Position keine Vertretung zu beantragen. Die Erneuerung des Parlaments fand dagegen besonders in der Stadt Bern im Zeichen des Wahlkampfes statt. Die bernische Sozialdemokratie eroberte einen der drei Kreise mit neun Mandaten aus eigener Kraft, unterlag dagegen in den bürgerlichen Stadtkreisen mit sehr starken Minderheiten, die ihr bei einem gerechteren Wahlverfahren in der Stadt mehr als zwölf Mandate gegeben hätten. Im übrigen Kanton eroberte die Sozialdemokratie sieben Mandate, so daß sie ins neue Parlament mit sechzehn Mandaten statt bisher mit fünfzehn einzieht. Diese geringe Mandatsvermehrung erhält aber ihre Bedeutung dadurch, daß gleichzeitig die Mandatzahl der regierenden Freisinnspartei von 181 auf 159 sank, weil die Zahl der Stimmberechtigten auf ein Mandat vermehrt wurde. Auch die Mandatzahl der anderen Minderheitspartei, der Konservativen, sank von 30 auf 32. Im alten Rat standen 181 Mann von der Regierungspartei, 45 von der Opposition gegenüber; im neuen Rat stehen ca. 160 Mann von der Regierungspartei und 48 Opponenten gegenüber. Die Opposition ist von 20 auf 30 Prozent angewachsen. Dies trotz der Fälschung des Wahlergebnisses durch Witzjäger. Daß die herrschende Partei aber tatsächlich nur durch Wahlfälschung ihre große parlamentarische Macht aufrechterhalten kann, zeigt der Umstand, daß am gleichen Sonntag zwei Gehege, die wegen ihres reaktionären Charakters von der Sozialdemokratie bekämpft wurden, vom Volke mit wuchtigem Mehr abgelehnt wurden. Das Berner Volk desavouiert fast regelmäßig seine parlamentarische Mehrheit, die so ein Koloss auf tönernen Füßen ist. — Auch das Baseler Volk hat am Sonntag sein Parlament für drei Jahre neu bestellt. Die Regierungswahlen sind nicht zustande gekommen. Von den sieben Regierungsräten hat nur ein einziger, ein Unparteiischer, der gleichzeitig von den Freisinnigen und von den Sozialdemokraten auf die Liste genommen worden war, das absolute Mehr überschritten. Die beiden bisherigen Sozialdemokraten in der Regierung erhielten die höchsten Stimmenzahlen und der eine (Wahlflügel) erhielt nahezu das absolute Mehr. Es wird zum zweiten Wahlgang kommen, bei dem das relative Mehr gilt. Die Sozialdemokraten werden sicher bestätigt werden. — Bei den Grossratswahlen (Parlamentserneuerung) traten zwei neue Parteien auf, die Demokraten, die vom offiziellen Freisinn ein wenig nach links abrücken und die Bürgerpartei, die vom offiziellen Freisinn ein gut Stück nach rechts abrückt. Infolgedessen ist die freisinnige Fraktion von 36 auf 28 Mandate zurückgegangen, während die neue demokratische Partei es auf 3 Sitze brachte und die bürgerparteilichen Dissidenten von 6 auf 17 Sitze angewachsen sind. Der in Basel geltende Proporz ist der Bildung solcher kleinen Gruppen günstig, so daß die drei Parteien, die früher den Freisinn bildeten, es von 42 auf 48 Mandate durch das getrennt Marschieren gebracht haben. Die Evangelisch-Konservativen, die sich „liberal“ nennen, verloren zwei Sitze und die Katholisch-Konservativen gewinnen einen Sitz. Die Sozialdemokratie ging von 47 auf 42 Sitze zurück — es ist dies die voraussichtliche Folge der Abwanderung durch die Krise im Baugewerbe. Von einem Rückgang unserer Partei ist keine Rede, die Wahlziffer für den Proporz ist durch das Aufsteigen neuer Parteien hinaufgetrieben worden.

### Frankreich.

**Maßregelung französischer Offiziere.** Der Unterrichtsminister Biviani, der an Stelle des in Algier weilenden Ministers Rouleus interimistisch das Kriegsministerium leitet, ließ vom Präsidenten der Republik

einen Erlaß unterzeichnen, durch den die Leutnants Wiene und Gyon vom zweiten Infanterieregiment in Verbund in den inaktiven Stand versetzt werden, weil sie während der Balkenkampagne Flugschriften zugunsten des nationalistischen Kandidaten, des General Naitrot verbreitet hatten, die scharfe Angriffe gegen das republikanische Regime enthielten.

### Balkan.

**200 Mohammedaner in Epirus gekreuzigt.** Der Regierung sind Drahtnachrichten zugegangen, nach denen in Harmova, südöstlich von Tepelens, 200 mohammedanische Albaner, die vor den Epiroten nicht geflüchtet waren, gefangen genommen und in das benachbarte Dorf Skodra geschleppt wurden. Dort wurden sie in die orthodoxe Kirche gebracht und sämtlich gekreuzigt. Die Kirche wurde dann in Brand gesteckt. Albanische Gendarmen, die zwei Tage später Skodra besetzten, fanden die verkohlten Leichname vor. — Diese Meldung klingt so ungeheuerlich, daß man sie kaum glauben kann. Dennoch scheint sie sich leider zu bewahrheiten.

### Amerika.

**Zum mexikanisch-amerikanischen Konflikt.** Die Friedensvermittlung scheint nun doch vor sich zu gehen. Wie zweifelstfrei gemeldet wird, treten die Vermittler am 18. Mai in Niagara Falls in Kanada zusammen. Hoffentlich tauchen nun in der Zeit bis zu dieser Konferenz nicht noch neue Schwierigkeiten auf.

Nach einer Konferenz des Staatssekretärs Bryan mit den Vertretern der Süd-Staaten wird mitgeteilt, daß man sich endgültig entschlossen habe, ohne Carranza die Verhandlungen zu führen. Ungeheimlich wird ein Wechsel in Carranzas Verhalten als äußerst zweifelhaft angesehen.

Nordwestlich von Dibra überschritten serbische Truppen die albanische Grenze, besetzten und besetzten auf albanischem Gebiet die Höhenrücken mit Beschützen.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Tirana: Die albanischen Truppen sind bis südlich von Koriza zurückgeschlagen worden. In Tirana werden 10 000 Mann mobilisiert, sie gehen sofort in den Kampf.

Die Kämpfe im Norden von Argyro-kastro dauerten fünf Tage und endeten mit dem Siege der Aufständischen von Epirus. Tepos und mehrere andere Dörfer sind von den Truppen der Aufständischen besetzt worden. Die Verluste der Albaner sind beträchtlich. Die Kämpfe um Odra bei Tepelens waren sehr blutig. Wie versichert wird, wurden 500 Albaner kampfunfähig. Auch die Epiroten erlitten beträchtliche Verluste.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 7. Mai.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 11. Mai 1914, abends 6 Uhr, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senats. 2. Anträge des Senats: 1. Beschaffung von Inventar für die Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses. 2. Kostgebühren für die Heilanstalt Strecknitz. 3. Aufnahme der Stelle der zweiten Oberwärterin der Heilanstalt Strecknitz in den Beamtenbesoldungssatz. 4. Revision der Bestimmungen über Schulgeld. 5. Gewährung einer Altersunterstützung an den Bureauhilfen Eduard Lehmann. 6. Hebung der Stellung des Werkbeamten und des Polizei-Ingenieurs, Errichtung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten sowie Gewährung einer persönlichen Zulage an Betriebsinspektor Lorenz. 7. Errichtung von fünf Gerichtsdienerstellen. 8. Dritter Nachtrag zu dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen. 9. Errichtung eines Staatsarchivs. 10. Errichtung von Windmühlbauten an der Südwestseite des Bahnhofs vorplatzes. 11. Abänderung des Bebauungsplans für die Vorstadt St. Lorenz-Süd. 12. Neupflasterung des Kolkes und der Kleinen Petersgrube. 13. Bau einer Travenbrücke bei Moisling und Heranziehung von Moisling und Genin zu den Baustufen. 14. Bewilligung von 16 000 Mk. für die Alterszulagen an Arbeiter der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1913. 15. Austausch von Landflächen in der Gemarkung Siems. III. Eingaben der Grundbesitzer zu Genin und von 250 Einwohnern Moislings, der in der Senatsvorlage, betreffend den Bau einer Travenbrücke bei Moisling usw., vorgesehenen Erhöhung der Grundsteuer für Moisling und Genin keine Folge zu geben, und Eingabe von H. S. Tegmeyer-Moisling zu derselben Vorlage.

Die Budgetkommission des preussischen Dreiklassenhauses gegen das Fehmarnbahnprojekt. Die Mehrheit der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses — Konservative, Freikonservative und Zentrum — stimmte folgendem Antrag zu:

„Angesichts der zahllosen dringenden Bauausgaben der Eisenbahnverwaltung und angesichts des jetzigen Anleihenbetriebs, die zurzeit eine weitere Belastung der Staatsregierung mit nicht dringlichen Projekten unerwünscht erscheinen lassen, in Rücksicht auf die Nachteile, die der Stadt Kiel und dem überwiegenden Teil der Provinz Schleswig-Holstein durch die Fehmarn-Linie, bei Anerkennung ihrer sonstigen Vorzüge, erwachsen würden, und in Anerkennung der Notwendigkeit des vorliegenden Projektes Altona-Neumünster und anderer im Interesse dieser Provinz liegenden Projekte empfiehlt die Kommission, über die Petition von betreffend Herstellung der Eisenbahnverbindung Hamburg-Lübeck-Land nach Kopenhagen zur Tagesordnung überzugehen und die Petition betreffend Verbesserung der Verbindung vom Westen nach dem Norden, nicht über Hamburg-Fehmarn nach Kopenhagen, sondern über Hamburg-Kiel nach Kopenhagen als Material zu überweisen, weil, wenn auch die Herstellung des neuen Verkehrsweges sich zurzeit nicht rechtfertigt, doch das Bedürfnis nach wesentlicher Verbesserung der bestehenden Verkehrswege mit Dänemark und den skandinavischen Ländern im Verkehr mit Hamburg und Westdeutschland, insbesondere über Kiel-Korsör anerkannt wird. Vorausgesetzt wird, daß die königliche Staatsregierung im Interesse der Förderung der deutsch-dänischen Verkehrsbeziehungen alsbald und mit allen geeigneten Mitteln bestrebt sein wird, eine solche Förderung herbeizuführen.“

Der Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Lübeck hielt gestern abend im „Bürgerverein“ eine Sitzung ab, die von 59 Vertretern der Versicherten und 25 Vertretern der

Arbeitgeber besucht war. Den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand bildete die Dienstordnung, deren Beratung in der Sitzung am 22. April nicht beendet werden konnte. Der § 14 enthält den Besoldungsplan und hierüber war keine Einigung zwischen den Vertretern der Versicherten und denjenigen der Arbeitgeber zu erzielen. Die Vertreter der Versicherten hatten in der letzten Sitzung einen Antrag gestellt, der in mehreren Klassen über die vom Vorstand vorgelegene Höhe hinausging, während die Arbeitgeber für den Vorstandsantrag eintraten. Es gelang auch gestern nicht, zu einer Einigung zu kommen, nach dem man erneut in eine Beratung eingetreten war. Die Vertreter der Arbeitgeber blieben, nachdem sie in einer Pause besonders beraten hatten, auf ihrem Standpunkt beharren. Die Vertreter der Versicherten erklärten sich in ihrer großen Mehrheit wieder für den Antrag Liebig, der noch in der Richtung ergänzt worden war, daß er eine weitere Bestimmung der niederen Klassen vorsah. Ein Vermittlungsantrag Salomon, der für die Klassen IV b und V Gehaltsverbesserungen über den Vorstandsantrag bezweckte, erhielt nur wenige Stimmen. Da nach der Reichsversicherungsordnung eine getrennte Abstimmung erforderlich ist, aber kein übereinstimmender Beschluß gefaßt wurde, so wird jetzt die Entscheidung beim Obergerichtsamt liegen. Eine längere Erörterung zeitigte der § 20, der bestimmt, daß die Angestellten verpflichtet sind, unentgeltlich Überarbeit zu leisten; in gegebenen Fällen kann jedoch der Vorstand eine angemessene Entschädigung festsetzen. Von Liebig wurde beantragt, Überstunden grundsätzlich zu entscheiden. Von Seiten des Direktors der Kasse wurde darauf hingewiesen, daß man das Dienstverhältnis der Angestellten nicht mit demjenigen gewerblicher Arbeiter vergleichen könne und daß man deshalb die Frage der Überarbeitentgeltlichmachung nicht schematisch regeln könne. Die Vertreter der Versicherten, die das Wort nahmen, sprachen sich dahin aus, daß Überarbeit überhaupt unzulässig vermieden werden solle. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages Liebig. Es bleibt also bei der vom Vorstand vorgelegenen Regelung. Der Rest der Dienstordnung wurde debattelos genehmigt. Beim Tagesordnungspunkt „Sonstige Kassenangelegenheiten“ wurde eine schnellere Abfertigung im Kassenlokal gewünscht und angeregt, die Auszahlung des Krankengeldes nicht an einem Tage, sondern an allen Tagen der Woche erfolgen zu lassen. Weiter wurde das Verlangen nach Ausdehnung der Wälderbehandlung zum Ausdruck gebracht und bemängelt, daß bei Solbädern nicht ein Badehandlungsfeld für den Erkrankten zur Benutzung überlassen sei. Die letztere Frage soll geprüft werden. Nachdem noch eine kurze Aussprache darüber gepflogen war, ob eine Frau, die allwöchentlich nur einen halben Tag Lohnarbeit verrichtet, versicherungspflichtig sei, was verneint wurde, wurde die Sitzung geschlossen.

Ueber die zweckmäßigsten Bestrebungen gegen den Alkoholismus sprach Mittwoch Herr Redakteur Goeß aus Hamburg im Restaurant Monopol. Der Redner verbreitete sich vor allem über die Gefahren des Alkohols, der selbst bei mäßigen Genuß vielfach beeinträchtigend wirke und ständige Gefahren in sich birge. Ein ungeheures Volksvermögen werde durch die Trinksitten vergeudet, das viel besser angewendet werden könnte. Eingehend ging Redner auf das Gemeindefeststellungsrecht ein, in dem er die wirksamste Bekämpfung des Alkoholismus sieht. Nach dieser Theorie soll die Errichtung von Wirtschaften resp. die Konzessionserteilung von den Einwohnern erst durch Abstimmung genehmigt werden. Durch eifrige Aufklärungsarbeit müsse das Volk allmählich von dem Schaden des Alkohols überzeugt werden, dann käme eine spätere Generation auch einmal dazu, ihn ganz auszuschalten. Gezielte Maßnahmen hätten keinen Wert, wenn das Volk noch nicht reif für die Frage sei. Gewiß sei, daß insbesondere die Frauen das größte Interesse an Gemeindefeststellungsrecht hätten, weil sie am meisten unter den Folgen des Alkohols litten. Leider sei in absehbarer Zeit eine durchgreifende Förderung auch des Frauenwahlrechts in dieser Sache in Deutschland kaum zu erwarten, nur harte Arbeit für die gerechte Sache müsse den Boden ebnen. Goeß zieht das Gemeindefeststellungsrecht dem Göttenburger System vor, weil er sich von dem ersten mehr Erfolg verspricht. Beim Göttenburger System wird der Alkoholverkauf Gesellschaften übertragen, die nur einen bestimmten Prozentsatz verkaufen und einen Teil des Gewinnes an die Gemeinde abliefern müssen. Dadurch können die Gemeinden leicht verführt werden, aus der Steuer Nutzen zu ziehen und einen Mehrverkauf zu gestatten. Dem Gemeindefeststellungsrecht ständen auch Wirte wohlwollend gegenüber, die durch Ausschaltung der vielen nichterwerblichen Wirtschaften einen sicheren Erwerb hätten. Eine weitere Hauptbedingung für bessere Verhältnisse sei auch, die Konzessionserteilung auf Lebenszeit abzuschieben.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats Mai 1914. Nach den Meldungen aus den 16 Saatenstandsberichtsbezirken hat das Statistische Amt für Anfang Mai folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): für Winter-Weizen Nr. 2,2 (Anfang Mai 1913 2,1), Winter-Roggen Nr. 2,3 (2,4), Klee Nr. 2,2 (2,2), Bewässerungs-Wiesen Nr. 2,1 (2,5), andere Wiesen Nr. 2,4 (2,6). Infolge der warmen Witterung im April hat die Entwicklung der Winterung weitere Fortschritte gemacht, die allerdings in der letzten Zeit durch kühle Nächte mit Reifbildung beeinträchtigt wurden. Die Befestigung der Sommer-saaten ist nahezu beendet, aufgelaufen ist jedoch von der Sommerung noch wenig. Regen ist dringend erwünscht. Nach der Klee und die Wiesen zeigen ein gutes Aussehen, doch macht sich teilweise auf Kleeefeldern Mäusefraß bemerkbar. Umpflügungen wegen Auswinterung pp. brauchten nicht vorgenommen zu werden.

Die weiße Zigeunerin. Mit welsch klozigen Mitteln die Frauen noch von sogenannten Zigeunerinnen betrogen werden, zeigte heute morgen eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gegen die Händlerin W., die mit Seife hantieren ging, in der Hauptsache aber Dumme zu fangen suchte. Im vorigen Jahre kam die Schwarzhaarige zu einer Maurersfrau, die ihr schließlich ein Stück Seife abkaufte. Bei diesem Verkauf schaute die Zigeunerin der Frau in die Augen und sagte ihr, sie sehe, daß sie es mit einer guten Frau zu tun habe. Nach einigen Wochen werde jedoch eine Fremde ins Haus kommen, die es nicht gut mit ihr meine und ihr etwas Schlechtes antun werde. Die Zigeunerin sagte der Frau auch — nachdem etwas über Krankheit gesprochen war — daß sie krank sei und daß sie durch Besprechen ihre Heilung erzielen könne. Zu diesem Zweck müsse jedoch alles Geld auf den Tisch gelegt werden, sonst helfe es nichts. Die Händlerin brachte ihre befehlsmäßigen Wünsche in solch überquellender Form vor, daß die Frau gar nicht recht Zeit zum Überlegen fand und so gehorchte, wie ihr eingeredet wurde. Auf einen Einspruch erklärte die Zigeunerin: „Schweigen Sie, verlieren Sie keine Worte, sonst find sie von Gott verlassen.“ Ich habe bei Herrschaften Tausende auf dem Tische liegen sehen, ohne etwas wegzunehmen.“ Darauf legte die Maurersfrau etwa 20 Mark auf den Tisch, und als die Beschwärze das harte Geld sah, meinte sie, sie müsse großes Geld in den Händen behalten, wenn die Beschwörung wirken soll. Ein angebotenes Markt-Stück lehnte die W. ab, weil sie Geschenke nicht annehmen dürfe und sonst Abbitte in der Kirche tun müsse. Vor dem Weggang mußte das Opfer noch ein Handtuch und

einen Faden holen in den ein Knoten gemacht wurde. Sei nach einiger Zeit der Knoten verschwunden, dann wäre die Frau von ihrem Nerwenleiden geheilt. Der Faden wurde in das Handtuch gewickelt, die Zigeunerin nahm zwei 20-Mark-Stücke mit und beschwor aufs heiligste, sie zwei Stunden später wieder zu bringen. Von dem Geld, dem Handtuch und dem geknoteten Faden sah kein Mensch mehr etwas, auch die Prophetin blieb lange Zeit verschwunden. Nur zu bald sah die Maurersfrau ein, daß sie einer ganz raffinierten Schwindlerin zum Opfer gefallen war, die verschiedene Vorstrafen hat, von der sie allerdings nichts wissen will. Sie weiß angeblich auch nicht, wann sie geboren ist. Die wegen Betrugs Angeklagte wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, doch wird der Haftbefehl wegen bevorstehender Entbindung aufgehoben. Für Leichtgläubige möge dieses kraße Schulbeispiel eine Warnung sein.

ph. Ein guter Gang. Am 6. bis 8. Ms. morgens gegen 5 Uhr ist es gelungen, den gefährlichen Einsteigebieb, der schon längere Zeit die Einwohnerschaft beunruhigt hat, festzunehmen. Es ist ein arbeitsloser Arbeiter aus Benigenjena, der sich schon einige Wochen in hiesigen Herbergen aufgehalten hat, angeblich um Schiffsdienste zu nehmen. In Wirklichkeit scheint sein Aufenthalt hier nur dem Zwecke gedient zu haben, Diebstähle auszuführen, denn er ist ein rückfälliger Dieb. Ein großer Teil der von ihm gestohlenen Gegenstände wurde bei ihm gefunden und konnte den Bestohlenen wieder zurückgegeben werden. Die Sachen, die bei ihm nicht gefunden wurden, sollen im Besitze eines Komplizen sein, den er nicht kennen will; es ist aber bereits gelungen, den Namen desselben zu ermitteln und die Verfolgung ist aufgenommen worden.

Die Illustrierte für Lübeck bringt in ihrer sechsten erschienenen Nummer 6, neben einem wohlgefügten, an seinem 78. Geburtstag aufgenommenen Bilde unseres Genossen Theodor Schwarz, drei Ausnahmen von der Plaisier. Das Blatt ist zum Preise von 10 Pfennig in der Buchhandlung von Meyer u. Co. zu haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Der große künstlerische Erfolg, den die „Kastaff“-Aufführung im Stadttheater bei Publikum und Presse fand, veranlaßt die Direktion, um vielfachen Wünschen der Abonnenten zu entsprechen, diese Vorstellung auch den Freitagabonnenten zu bieten, sodaß also „Kastaff“ am Donnerstag und am Freitag zur Aufführung gelangen wird. Die Freitagabonnenten sind zugleich die letzte dieses Wertes. Am Sonnabend gelangt das reizvolle Lustspiel „Im wunderlichen Monat Mai“ zum ersten Male auf unserer Bühne zur Aufführung. Bei dem reichen Interesse, das dieses amüsante Stück bei seinen bisherigen Aufführungen bei Publikum und Presse erzielte, darf erwartet werden, daß auch unser Publikum diese reizende Novität mit Beifall aufnehmen wird. Zum Sonntag verweisen wir auf die Neueinspielung des Offenbachschen „Orpheus in der Unterwelt“, die gleichzeitig unserem beliebten und geschätzten Edgar Pauly, der darin den „Hans Snyr“, eine ihm überaus zugewandene Rolle spielt, als Abschiedsvorstellung dient.

Sänglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2-3½ Uhr nachmittags Schwartzauer Allee 41a statt.

Deffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Nauhaus). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 8. Mai, abends 6 bis 7 Uhr.

Anruf zur Vereinigung der Zuschuß-Kranken- und Sterbefallkassen Norddeutschlands.

Die gemäß §§ 4 und 15 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zum Geschäftsbetriebe zugelassenen und als kleinere Vereine im Sinne des § 53 des genannten Gesetzes anerkannten Kranken- und Sterbefall-(Zuschuß-)Unterstützungsstellen (frühere eingeschriebene Hilfskassen) Norddeutschlands werden aufgefordert, sich in der am Sonntag, dem 17. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Apollosaal“ in Rendsburg stattfindenden Generalversammlung des Bezirksverbandes der freien Hilfskassen in Schleswig-Holstein, Lauenburg usw. durch Delegierte vertreten zu lassen, um an der Gründung des Verbandes für Norddeutschland teilzunehmen. Der Zweck des Verbandes ist die Förderung der Interessen der Kranken- und Sterbefall-(Zuschuß-)Unterstützungsvereine durch Regelung der Freiwilligkeit, gegenseitige Auffklärung in freitragenden Fragen, Mitteilungen von Erfahrungen aus der Praxis und Erstrebung gemeinsamer Vorteile. Als Beitrag zur Bestreitung der entstehenden Ausgaben wird 1 Pfg. pro Mitglied und Jahr in Vorschlag gebracht. Anfragen beantwortet und Auskunft erteilt bereitwilligst Julius Krause, Kiel, Knooper Weg 146 l.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Freitag, dem 8. Mai, von 5-8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hilprecht, „Gasthof Transoal“, statt.

Matkau. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, dem 10. d. M., abends 7 Uhr, im Lokale der Ww. Kopp statt. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist dringend erforderlich.

E. Cutin. Gemeinderatsitzung. Am Montag traten unsere Stadtväter zu einer Sitzung zusammen. Erster Gegenstand der Beratung war der Erwerb eines Grundstückes zur Bebauung eines Lazarets. Das Geld hierzu wurde bewilligt. Sämtliche Grundstücke, soweit sie bis jetzt von der Stadt für die Militärverwaltung gekauft sind, sollen die höchste Summe von 46 734 Mark. Sodann wurden verschiedene Anträge erledigt. Herr Dr. Janus beabsichtigt den Bau von drei Anlegebrücken für das Motorboot auf dem Großen Cutiner See, und zwar im Schloßgarten, bei der Badeanstalt und Pulverberg. Die Stadtväter bewilligten 1000 Mark hierzu; die Brückenbauten sollen sofort in Angriff genommen werden. Ein Punkt, der der Stadtverwaltung schon einiges Kopfzerbrechen gemacht hat, ist die Elektrizitätsfrage. Schon vor Jahresfrist beschäftigten sich die Stadtväter mit dem und heute ist man noch immer nicht im reinen, ob man ein eigenes Werk bauen will oder den Anschluß an die Ueberlandzentrale suchen soll. Um sich nun volle Klarheit darüber zu verschaffen, soll der Professor Sicking als Sachverständiger gehört werden. Daß dieser Punkt mit auf der Tagesordnung stand, erklärt sich wohl daraus, daß erst der Landesausschuß etwas Druck dahinter gesetzt hat, denn durch ein Schreiben gibt der Landesausschuß zu verstehen, daß, wenn die Stadt sich bis zum 1. Juli in dieser Frage nicht erklärt hat, er die Stadt selbst mit Elektrizität versorgen will. Das paßt allerdings den Stadtvätern nicht, deshalb wird nun mal schnellere Arbeit gemacht. Einige Feldweibel vom hiesigen Bataillon erluchten die Bewilligung von zusammen 275 Mark als Mietzuschuß, die ihnen auch, wie nicht anders zu erwarten war, bewilligt wurden. Auch die Schießstände kosten der Stadt noch einen Wagen Geld; so verlangt die Forstverwaltung als Pacht 300 Mark, für den Schaden der abgehauenen Bäume 603 Mark, für das Hauen der Bäume 338 Mark und für die Instandsetzung der Wege zu den Schießständen 3200 Mark. Weil daran nichts

zu ändern ist, würde auch dieses bewilligt. Für die ausfallenden Mitglieder der Schätzungskommission wurden Weiß, Nebensdorf, Lorenzen und St. Dose gewählt. Daß die Menschen auf der ganzen Erde vorwärtsstreben, kann man alle Tage erleben, auch hier in Cutin; denn unsere Nachtwächter erluchen in einer Eingabe um eine bessere Uniform und das nötige Seitengewehr. Daraus wird wohl nichts werden, denn der Knüppel wird als ausreichende Waffe für die Nachtwächter erachtet. Die Sache wurde dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Hamburg. Zum Streit der Koll- und Expeditionskutscher. Immer deutlicher tritt hervor, daß es sich bei dem Kampf der Hamburger Expeditionskutscher um einen Versuch der Unternehmer handelt, der Organisation der Kutscher einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die Organisation hat Beweise in Händen, wonach der Hafenerbetriebsverein dazu übergegangen ist, in seinem Hafenerbetriebsverein Arbeitswillige für die Expeditionskutscher zu vermitteln. Dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, daß der Unternehmerverband für das Transportgewerbe ebenfalls einen Maßregelungsnachweis einrichten wollte, weist auf die Urheber dieser Nachtröbe hin. Die Erfahrungen der Hamburger Arbeiter mit dem Unternehmer-nachweis brachten die Kutscher zum äußersten Widerstand. Arbeitswillige wurden bisher nicht gemonnen. In 46 geeigneten Betrieben arbeiten bereits 237 Kutscher. Gegenüber den unwahren Meldungen der bürgerlichen Presse muß wiederholt festgestellt werden, daß die Kutscher im Abwehrkampf stehen; sie erheben keine Forderung, sondern wollen lediglich den bisher geltenden Vertrag um ein Jahr verlängern und sind zu Verhandlungen für ein weiteres Vertragsjahr bereit. Der Unternehmerverband hat bisher alle Verhandlungen rundweg abgelehnt.

Kiel. Ein Sitten-skandal? Die Offiziantin Klason, die in Hamburg in der Königstraße einen okkultistischen Salon unterhält, wurde auf Veranlassung der Kieler Kriminalpolizei wegen Verbrechens gegen das keltische Leben verhaftet und dem Gericht zugeführt. Die Sache hat in Kiel einen großen Umfang angenommen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Glücksburg. Unterschlagungen bei einer Genossenschaftsmeierei. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Rechnungsführer der Süderbraruper Genossenschaftsmeierei Magen aus Buxtehude wegen Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis. Er hatte 12 000 Mk. Genossenschaftsgelder und 1500 Mk. der Ostanger Brandgilde unterschlagen.

Bremen. 27 Millionen Mark für die Erweiterung der Hafenanlagen in Bremerhaven fordert der Senat in Bremen von der Bürgerschaft. Die Kosten für die ganzen Hafenanlagen sowohl in Bremerhaven als in Bremen muß der kleine bremische Staat tragen, obwohl davon nicht nur Bremen selbst, sondern auch das Reich den großen Vorteil hat. Das ausgedehnte Gelände, das vor zehn Jahren von Preußen an Bremen abgetreten wurde, liegt im Norden von Bremerhaven. Bremen muß verträglich dort einen Hafen errichten, der die sogenannte große Schiffsahrt befriedigen kann. Es ist nun um so unverständlicher, daß nicht auch das Reich zur Kostendeckung sich verpflichtet fühlt, als die dort zu errichtenden Hafenanlagen auch für die Kriegsmarine unter Umständen von besonderer Wichtigkeit werden können. Die Gesamtkosten der Anlagen, unter Einschluß der jetzt noch zu bewilligenden 27 Millionen, belaufen sich auf etwas über 66 Millionen Mark. 39 Millionen sind schon verbaut. An der Zustimmung der Bürgerschaft ist nicht zu zweifeln, aber bei der Verhandlung wird sicher mit Recht darüber geklagt werden, daß Bremen unter den fortgesetzten man möchte sagen, fast ins Uferlose steigenden Aufwendungen für die Hafenanlagen einst finanziell zusammenbrechen muß. Auch eine unangenehme Begleiterscheinung der deutschen Kleinstaaterei-Misere.

### Soziales.

Differenzen zwischen den Ärzten und der Verwaltung der Leipziger Ortskrankenkasse. Die beiden Leipziger ärztlichen Bezirksvereine beschlossen, so wurde den Blättern am Mittwoch abend gemeldet, am 1. Juni 1914 vom Vertrag mit der Ortskrankenkasse zurückzutreten und von diesem Termin ab die Behandlung der Kassenmitglieder im einzelnen zu liquidieren.

### Kommunales.

Urlaubsgewährung für die städtischen Arbeiter in Charlottenburg. Die Anträge der Arbeiter auf Neuregelung der Lohnverhältnisse sind durch die städtischen Körperschaften abgelehnt worden. Dagegen ist der Magistrat den Anträgen auf Erwerbung des Sommerurlaubs entgegengekommen. Die Arbeiter beantragten nach einem Jahr 1 Woche, nach 5 Jahren 14 Tage. Nach den Beschüssen des Magistrats erhalten die Arbeiter nach einem Jahre 3 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 5 Jahren 7 Tage, nach 7 Jahren 10 Tage und nach 10 Jahren 14 Tage Urlaub. Die Arbeiter der Lohnklasse I, die Vorarbeiter und Ofenarbeiter der Gasanstalten, die Obermonteure und Kesselaufseher des Elektrizitätswerkes, sowie die Wärter und Wärterinnen der Krankenhäuser und Pflegeanstalten erhalten nach einem Jahre 5, nach 3 Jahren 7, nach 5 Jahren 9, nach 7 Jahren 12 und nach 10 Jahren 14 Tage Urlaub. Als urlaubsberechtigende Dienstzeit gilt in Zukunft die gesamte Beschäftigungszeit. Bis her galt nur die Zeit der Ständigkeit — Rückständig ist die Bestimmung, nach der militärische Leistungen auf den Urlaub angerechnet werden sollen.

Kommunale Wöchnerinnen-Fürsorge. In Dresden ist eine städtische Zentralfürsorge für eheliche und uneheliche Schwangere und Wöchnerinnen eingerichtet worden. Die Zentralfürsorge, die dem städtischen Fürsorgeamt angegliedert wurde, erteilt kostenlos in allen Fragen Auskunft und vermittelt die erforderliche private oder öffentliche Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen. Die Zentralfürsorge untersteht der Leitung eines weiblichen Beamten.

### Aus Nah und Fern.

Der Konkurs des Berliner Warenhauses W. Wertheim. Die erste Gläubigerversammlung im Konkurs W. Wertheim fand vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte statt. Der Konkursverwalter berichtete, daß die Passiven etwa 23 Millionen betragen, denen wenig mehr als 1½ Millionen Aktiven gegenüberstehen.

Die Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik. Am Mittwoch vormittag wurde die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig im Beisein der Vertreter vieler Reichs- und Staatsbehörden durch den Staatskommissar v. Burgsdorff für eröffnet erklärt.

Ein Regimentsarzt von seinem Bruder erschossen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Leoben: Der dem hiesigen Landwehrregiment zugeteilte Regimentsarzt Dr. Heilig



## Der Kampf um die Immunität.

Das Attentat gegen die Redefreiheit der Abgeordneten hat in der Duma sogleich am Dienstag zu stürmischen und tapferen Protesten geführt. Bekanntlich verlangt das Ministerium Goremykin die Auslieferung und gerichtliche Bestrafung unseres Genossen Tschelise, der in einer Sitzung die republikanische Staatsform als die beste bezeichnet hatte. Gestern erschien nun Herr Goremykin bei der Budgetberatung nach langer Zeit in der Duma. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Budgetkommission über das Staatsbudget 1914. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Hause ein von 30 Abgeordneten unterzeichneter Antrag vorlege, der fordere, die Budgetberatung aufzuschieben, solange der Gesetzesvoranschlag betreffend die Wortfreiheit der Abgeordneten nicht Gesetzeskraft erlangt habe. Die Reichsduma lehnte diesen Antrag, den als erste die Sozialdemokraten Tschelise, Kerenski und Malinowski unterzeichnet hatten, mit 140 gegen 76 Stimmen ab. Als dann nach dem Berichtsteller Herr Goremykin die Tribüne betrat, bereiteten ihm die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe einen würdigen Empfang. Sie erklärten stürmisch: Es ist genug! Wir werden ihn nicht sprechen lassen! Auch mit den Puldeckeln wurde geklopft. Die Mahnungen des Präsidenten Kobsjanko blieben fruchtlos, der Lärm hielt an. Nunmehr beantragte Präsident Kobsjanko, die Annahme des höchsten Strafmaßes, d. i. den Ausschluß der acht Schuldigen bei den Sozialdemokraten und der Arbeitsgruppe für die Dauer von fünfzehn Sitzungen. Jeder der betroffenen Abgeordneten gab von der Tribüne herab Erklärungen ab, wobei den Abgeordneten Skobeljew und Tschelise das Wort entzogen wurde. Tschelise blieb noch einige Zeit auf der Tribüne und erklärte dann von seinem Platze aus, er werde den Saal nicht verlassen. Der Präsident ordnete darauf an, ihn zu entfernen. Als der Abgeordnete der Aufforderung des Ordnungsbekleides keine Folge leistete, erklärte der Präsident, er unterbreche aus Achtung vor der Würde der Duma die Sitzung und bitte Tschelise den Saal zu verlassen. Alle verließen den Saal nur der Abgeordnete Tschelise blieb darin zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigerte sich der auf Grund der Abstimmung des Hauses ausgeschlossene Sozialist Tschelise wiederum, der Aufforderung zum Verlassen des Saales Folge zu leisten, worauf der Präsident die Sitzung unterbrach und der Quästor die Wache holen ließ, bei deren Erscheinen Tschelise seinen Platz mit der Erklärung räumte, daß er der Gewalt weiche. Sodann wurden nach persönlichen Auseinandersetzungen noch drei Sozialisten für fünfzehn Sitzungen ausgeschlossen, zwei von ihnen mußten durch die Soldaten entfernt werden. Die Linke fuhr fort zu lärmern, so daß der zweimalige Versuch des Ministerpräsidenten Goremykin, das Wort zu ergreifen, erfolglos blieb.

Der Präsident der Duma schlug vor, zwei weitere Gruppen von Abgeordneten der äußersten Linken von fünfzehn Sitzungen auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen, so daß im ganzen sechzehn Ausschließungen von Abgeordneten erfolgten. Die mit dem Ausschluß bedachten Abgeordneten verließen den Saal bei dem erneuten Erscheinen der Wache. Endlich konnte der Ministerpräsident die Tribüne

betreten und eine kurze Rede halten, in der er die Duma begrüßte, und bat, diese Begrüßung mit dem gleichen Wohlwollen entgegenzunehmen, mit dem er die durch die Duma an ihn gerichtete Begrüßung entgegengenommen habe. (Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

In der Sonntagserhebungscommission des Reichstags ging man Dienstag zur Beratung der Ruhebestimmungen für die Kontore und den Großhandel über. Wieder lag ein Kompromißantrag sämtlicher bürgerlicher Parteien vor, der in Anlehnung an die Regierungsvorlage zwar die volle Sonntagruhe für den Großhandel als Grundsatz aufstellt, aber immer noch Ausnahmen für sechs Sonntage bis zu vier Stunden Arbeitszeit, für die Seespedition und Schiffsmaklerei sogar allsonntägliche Arbeitszeit bis zu fünf Stunden zuläßt. Im Namen der Sozialdemokratie wandten sich die Genossen Dr. Darré, Schumann und Cohen gegen diese Ausnahmen. Schon 1901 sei festgestellt, daß in zirka 70 Prozent aller Großhandelsgeschäfte die Sonntagruhe herrsche. Es sei jetzt endlich an der Zeit, sie lückenlos auch für den verhältnismäßig kleinen Rest einzuführen, nachdem mehr als hundert Städte durch Ortsstatut mit gutem Beispiel vorgegangen seien, darunter große mit bedeutendem Handel, wie Mannheim und Frankfurt, wie kleinere und kleine. Hier solle die Rücksicht auf das große kaufende Publikum fort, hier sei die große Mehrzahl der Unternehmer offen auf Seiten völliger Sonntagruhe. Hier leisteten England und Amerika trotz ihres entwickelten Welthandels und trotz der Konkurrenz Deutschlands sozial mustergültiges. Es soll jemand kommen, und z. B. den englischen Bankangestellten ihren freien Sonntagabendnachmittag und Sonntag nehmen; er würde übel anlaufen. Die Regierung berufe sich für die Ausnahmen auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in einzelnen Bundesstaaten. Aber der Großhandel sei doch nicht nach Grenzspalten verschieden organisiert. Für die Seespedition genügt fünf bis sechs Stunden zur Erledigung der dringendsten Arbeiten; mehr geben auch die Ortsstatute der meisten Seestädte nicht. Der Absatz mit den sechs Sonntagen für den übrigen Engros-Handel sei zu streichen; im Falle der Ablehnung dieses Antrags genüge auch dort eine zweistündige statt der vierstündigen Sonntagsarbeit. Auf diese sozialdemokratische Kritik meldete sich der sächsische Regierungsvertreter als Wortführer des Bundesstaates, der „besondere Verhältnisse“ habe, nämlich zahlreiche Feiertage neben den Sonntagen und die Leipziger Messe. Die Abgg. Marquardt und Dr. Darré erwiderten dem Herrn, daß gerade die weitgehenden Leipziger Ausnahmestimmungen längst nach Abhilfe schreien. Abgesehen davon habe dort eine Handelsvertretung darauf gepocht, daß die Prinzipale seit 30 Jahren nach voller Sonntagruhe strebten. Auch hier unterstützte Graf Posadowsky die Anträge der äußersten Linken durch wirksame Ausführungen. Im Gegensatz zum Verkaufspersonal müsse das Kontorpersonal die ganze Woche sitzen und bedürfe deshalb doppelt des freien Sonntags. Die Eingabe der Stadt Frankfurt a. M. für volle Sonntagruhe zeige ein erfreulich hohes Maß sozialen Verständnisses, das er allen Behörden wünsche. Was dort möglich sei, könne auch anderwärts durchgeführt werden. Bei den bürgerlichen Parteien der Kommission wuchs aber, je mehr die Diskussion für die volle Sonntagruhe

sprach, die Angst vor der eigenen Courage. Die Zentrumsabgeordneten Urtor (Bernkafel) und Steiner (Bayern) äußerten „erhebliche Bedenken“ gegen den Antrag ihrer eigenen Freunde. Herr Urtor verlangte, daß der Reisende, der die ganze Woche gearbeitet hat, am Sonntag auch noch Besprechungen und Abrechnungen mit dem Prinzipal besorge. Die Freisinnigen Schmiedhardt und Bruchhoff, sowie der nationalliberale Meyer-Herford schlossen sich diesen Versuchen, einzuschränken, an. Schließlich hatte der konservative Graf Carmer-Ziesewitz Besichtigungen für die Sonntagarbeit der Zucker- und Stärkefabriken auf dem Lande, die er in unständlichen Auseinandersetzungen mit dem Regierungsvertreter durchzusetzen suchte. Vor lauter Bedenklichkeiten verlagte man dann Aussprache und Abstimmung auf nächsten Donnerstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

### Unter Zentrums-Brüdern.

Graf Dppersdorf beleuchtet in seinem Blatte „Arlarheit und Wahrheit“ die Rolle, die das offizielle Zentrum in der Episode des gefälschten Kaiserbriefes gespielt hat:

„Die ganze Kaiserbrief-Geschichte ist ein Werk von Zentrumsleuten, und nicht von Belanglosen, sondern von Abgeordneten und Redakteuren, von Parteimitgliedern also, die ins Weite zu wirken berufen sind. Und wenn die „Kölnische Volkszeitung“, um die ganze Klugheit ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit zu krönen, von einer „gehässigen Kampfesart der zentrumsfeindlichen Presse“ und von „Verlogenheit“ (im Sperrdruck) zu reden sich erdreistet, so lügt sie, scharf und einfach, mit demselben Talent unbestreitbare Tatsachen aus der Welt, mit dem Herr Geheimrat Porck ebenso unbestreitbare Tatsachen aus dem Gedächtnis verlor. Oder will die „Köln. Volkszeitung“, ganz abgesehen von ihrem eigenen Verhalten, vielleicht behaupten, daß der „Bayerische Kurier“, der „Badische Beobachter“ (des Jähringer Löwen, ma mie!), die „Mugsburger Postzeitung“ (mit dem gleichgerichteten Angriff gegen die Kaiserin!), die Korrespondenz des in allen Sätteln gerechten Zentrumsführers Erzberger, die „Allgemeine Rundschau“, die „Trierer Landeszeitung“, der „Deutsche Volksfreund“ e tutti quanti mit dem Zentrum nichts zu tun haben, keine führenden Zentrumsblätter sind? Dann entschuldigt vielmals, ehrliche Herren! . . .

Und nun, zum Schluß, noch eine Frage: Wer stört den konfessionellen Frieden? Der (unterstellt einmal alles als wahr, was in Wahrheit sich als gefälscht erwies), der einen solchen Privatschrieb, oder der, der ihn als die Ueberzeugung des obersten Vertrauensmannes der Nation in die Öffentlichkeit zerzt? Die Frage wäre einer Antwort wert. Und wenn sie auch nur auf drei Minuten sich einmal zu einem ehrlichen Bekenntnis entschließen, könnten sie die Herren Kölner sogar selbst finden.“

Man kann es verstehen, wenn die so Gezeichneten den Grafen Dppersdorf einen „Quertreiber“ nennen.

### Die Wahl des Reichstagsabgeordneten Wassermann

beschäftigte die Wahlprüfungskommission des Reichstags. Wassermann wurde im Wahlkreise Saarbrücken nach einem heftigen Kampfe mit dem Zentrum, bei dem auf der einen Seite die hohen Grubenbeamten, auf der anderen Seite

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruge.

(36. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Am andern Morgen kam Eugenie wieder, doch jetzt suchte sie nicht die Frau und Tochter, sondern sie begab sich sofort in das Arbeitszimmer des Zwan Leontiwitsch, in welchem ein Schreibtisch stand, auf dem viele wichtige Papiere lagen; vor einigen Jahren war der Beamte noch eine ganz untergeordnete Persönlichkeit, aber heute bekleidete er bereits einen höheren Rang. Hier in der Kammer entdeckte ihm das junge Mädchen offenherzig seinen Kummer. Storrow war schon vielen Leuten auf seinem Lebenswege begegnet, und deshalb behandelte er sie nach näherer Bekanntschaft, wie ein Musikant seine Instrumente, die sämtlich nach seinem Willen spielen und erklingen müssen. Die gesellschaftliche Ungelegenheit, welche Eugenie mit ihm besprach, war tatsächlich sehr schwieriger Natur, und der Zufall hätte ihr wirklich den richtigen Mann zugeführt zu haben, der ihr helfen konnte; denn für einfache Geschäfte eignete er sich nicht, wohl aber für äußerst schwierige und verwinkelte, weil List und Schlaueit seine Hauptcharakterzüge bildeten.

Zunächst wollte das junge Mädchen wissen, in welcher Lage sich Jegor Milowanow und seine Frau befänden. Storrow antwortete, die Lage der ehemaligen Fürstin Beresopolska schiene ihm sehr kompliziert zu sein, während hinsichtlich ihres Gatten keinerlei Veränderung eingetreten sei, indem Jegor Milowanow nach wie vor ein Bauer, ein Leibeigener bleibe. Augenblicklich gehöre er seiner Ehefrau, aber sobald Beresopole in den Besitz des Fürsten Elias Petrowitsch überginge, würde er samt seiner Frau und seinen etwaigen Kindern Eigentum des neuen Besitzers.

„Ist dem wirklich so?“ rief Eugenie, während sie tief erröte.

Diese Frage und dieser Farbenwechsel verrieten dem Beamten alles; er ahnte und wußte jetzt mehr, als sie vielleicht selbst.

Von nun an fanden täglich Konferenzen zwischen Storrow und dem jungen Mädchen statt. Der Beamte versprach Eugenie, ihre Angelegenheit glücklich zu Ende zu führen, falls sie seinem Räte unbedingt folgen würde. Im Grunde war die Sache ja höchst einfach; es handelte sich nur darum, den Fürsten Elias und Makar Makarowitsch zu hintergehen. Einem alten Gebrauche zufolge und gemäß einer ausdruck-

lichen Verabredung mit seiner Cousine sollte nämlich Elias Petrowitsch beim Kauf von Beresopole dreißig Leibeigene, die bereits dem seligen Fürsten gedient hatten, frei lassen; unter diesen befand sich auch der Tischler Milowanow und dessen alte Mutter. Zwan Leontiwitsch fiel nun die Aufgabe zu, gegen eine große Belohnung dafür zu sorgen, daß Jegor und seine Mutter nicht frei gelassen würden, sondern Leibeigene blieben. Wie man jedoch den Fürsten Elias und den wachsamem Trübsitzler täuschen sollte, darüber war der schlaue, intrigante Beamte selbst noch nicht im klaren. Deshalb fuhr das junge Mädchen häufig vor dem kleinen, grauen Häuschen vor und erkaufte sich das Stillschweigen des Kutshers durch reichliche Trinkgelber.

Einmal kam Storrow zu dem Fürsten, und da er diesen nicht zu Hause traf, ließ er sich bei dem Fräulein melden und wurde sofort vorgelassen. Bei diesem Besuche teilte er Eugenie mit, daß hinsichtlich ihrer Angelegenheit eine unerwartete günstige Wendung eingetreten wäre.

„Aber sehen Sie, verehrte Eugenie Stepanowna,“ versetzte er voll Unruhe, „ich fürchte bloß, daß Sie mich nicht völlig verstehen, da Sie doch wahrscheinlich unsere Gesetze nicht genau kennen. Wissen Sie, daß es einem jeden Besitzer zu jeder Stunde frei steht, seine Leibeigenen frei zu lassen?“

„O das weiß ich!“ erwiderte Eugenie.

„Es ist Ihnen also bekannt, daß der Fürst diesem Tischler jeden Augenblick den Freiheitsbrief ausstellen kann?“

„Allerdings weiß ich dieses, allein das ist meine Sache . . .“

„Ah, Ihre Sache . . . Entschuldigen Sie!“

„Wenn es nur jetzt nicht geschieht! Später in Beresopole . . . nach einigen Tagen . . . muß sich alles meinem Willen beugen . . .“

„So, so . . . unter andern auch Fürst Elias,“ lächelte der Beamte.

Eugenie lachte, antwortete jedoch nicht.

„Erlauben Sie mir, diese teure Hand zu küssen!“ bat Storrow begeistert.

X.

So verging ein Monat. Fürst Elias war längst aus Kasan zurückgekehrt und wohnte auf seinem Gute Beresopole. Der Kaufvertrag war ausgefertigt. Makar Makarowitsch besaß eine Vollmacht von der früheren Besitzerin, das Gut zu verkaufen, und sämtliche Dokumente hatten die gesetzliche Sanction erhalten; nur in einem Falle konnte der Verkauf angefochten werden, falls nämlich die Ehe der Fürstin für ungültig erklärt würde, allein seitens seiner Cousine hatte Elias Petrowitsch zu nichts zu befürchten.

Bei dem Kaufe waren also dreißig Leute mit Freiheitsbriefen entlassen worden; unter ihnen befand sich auch ein Mann, der gar nicht darum gebeten hatte, weil seine Lage ohnehin gezählt waren — Sergej Milowanow. Wie erstaunten der Fürst und sein Verwalter! Anfangs glaubten sie, hier walte ein Irrtum ob, und man müsse den Namen Jegor hinzurügen, da ja sonst der Hauptzweck des Verkaufes verfehlt sei; unmöglich konnte man die Beamten in Kasan verdächtigen, sondern nur annehmen, daß es sich um einen Schreibfehler handele. Allein bereits am folgenden Tage sollten sie sehen, in welcher großen Irrtume sie sich befanden; denn tatsächlich existierte in Beresopole ein Sergej Milowanow, welchen alle recht gut kannten, und dieser war niemand anders, als der alte Howski. Wie dieser Irrtum entstanden war, daß der hundertjährige Greis seine Freiheit erhielt, während der Gatte der ehemaligen Fürstin Leibeigener blieb, wußte sich niemand zu erklären, weder Fürst Elias noch Makar Makarowitsch. Da jedoch durch diesen Irrtum nichts verloren war, indem man Jegor jeden Augenblick den Freiheitsbrief ausstellen konnte, so legten sie der Sache keinen Wert bei und lachten herzlich über diesen Irrtum. Elias Petrowitsch wollte sofort das Freiheitsdokument ausfertigen lassen, allein eine gewisse Person wußte es ihm geschickt auszureiben, indem sie darauf hinwies, daß Jegor Milowanow im Auslande eines Freiheitsbriefes nicht bedürfe, weshalb man ruhig bis zu seiner Rückkehr mit der Ausfertigung des Dokumentes warten könne.

Fortan war alles, was diese Person sagte, für den Fürsten Gesetz. Seit seiner Rückkehr aus Kasan hatte sich vieles geändert. Elias Petrowitsch, der dreißig Personen die Freiheit schenkte, wurde jetzt beinahe selbst ein Leibeigener; mit Leib und Seele, mit seinem ganzen Denken und Fühlen gehörte er einem anderen Geschöpfe. Die Prophezeiung des seligen Fürsten war in Erfüllung gegangen — sein Reize lag in den Händen eines Weibes, welches er liebte.

In Beresopole sprach man viel von einem jungen Bauernmädchen, welches nach Kasan fuhr . . . still, bescheiden, hübsch, nur daß es zeitweise eine böse Zunge hatte. Raum atmete das Mädchen eine kurze Zeit Stadluft, da kehrte es als Eugenie Stepanowna zurück mit übermütigen, herrischen Blicken, und alles, was dasselbe anordnete, geschah. Aber es war klug genug, seine Befehle nicht laut auszusprechen, sondern es verstand meisterhaft, durch Schmeichelei alles zu erlangen.

Eugenie übertölpelte den Gutsherrn in aller Stille, so daß niemand, selbst Makar Makarowitsch nicht, zu erraten vermochte, woher diese auffällige Wandlung im Charakter des Fürsten kam. Elias Petrowitsch war ein anderer geworden;

die Kapläne eifrig mitwirkten, in der Stichwahl gewählt. Vom Zentrum ist gegen die Wahl Protest eingelegt worden. In dem Protest wird u. a. behauptet, in der Stadt Saarbrücken seien die Wahlbezirke zu groß gewesen. Sie hätten mehr als 3500 Seelen gezählt. Nach einer anderen Behauptung des Protestes sollen grobe Verstöße bei der Aufstellung der Wählerlisten vorgekommen sein. In dem Wahlkreis sind viele Vergleiche beschäftigt, die ihren Wohnsitz außerhalb des Wahlkreises haben. Sie sind aber die Woche über in den Schlafhäusern der Bergwerke und bei Privatleuten einquartiert. Die lokalen Behörden halten nun allgemein angeordnet, diese sogenannten Schlafburichen seien nicht in die Wählerliste aufzunehmen. Diese Anordnung ist ungesetzlich, denn die Arbeiter sind auch am Arbeitsorte wahlberechtigt und müssen dort auch in die Wählerliste aufgenommen werden. Sie dürfen natürlich nur an einem Orte wählen. Auf Grund einer eingelegten Beschwerde hat auch das Ministerium des Innern die ungesetzliche Anordnung aufgehoben. Dies geschah zwei Tage vor Ablauf der Frist für die Auslegung der Wählerlisten. Der Protest behauptet, das sei zu spät gewesen und es sei auch nur an einem Orte der Anweisung des Ministers Folge geleistet worden. Mehrere Tausende von Wählern seien nicht in die Wählerliste aufgenommen worden. Die Kommission kam mit der Prüfung der Wahl noch nicht zu Ende.

### Die Gemeindepolitik im sächsischen Landtag.

In Sachsen sind seit Jahren Verschlechterungen des Gemeindevahlrechts an der Tagesordnung. Überall, wo die Sozialdemokratie nahe daran ist, stärkere Vertretungen in den Gemeinderäten durch intensive Wahlbeteiligung zu erhalten, ändern die reaktionären Mehrheiten in diesen Körperschaften das Wahlrecht, um weiteren sozialdemokratischen Einfluß zu verhindern. Auch Regierung und Landtag haben in der vorigen Session diesen volksfeindlichen Bestrebungen Rechnung getragen, indem sie die Landgemeindecordnang in bezug auf das Wahlrecht stark verschlechterten. Die Sozialdemokratie führt einen fortwährenden Kampf gegen diese Vergewaltigung der breiten Massen des Volkes, den sie beim Zusammentritt des jetzigen Landtags zu einer einheitlichen Protestaktion über das ganze Land gestaltete. Zu Beginn der Session brachte die sozialdemokratische Fraktion auch einen Antrag ein, in dem für die Gemeindevahlen das allgemeine, gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner, männliche wie weibliche, verlangt wird. Dieser Antrag stand am Dienstag in der Zweiten Kammer zur Beratung. Die Regierung brachte es fertig, aus Gründen der politischen Gerechtigkeit gegen den Antrag zu sprechen. Daran ist zu erinnern, wie diese sogenannte Gerechtigkeit aussieht. Konservative, Nationalliberale und auch die Fortschrittler lehnten schließlich als einige reaktionäre Masse den Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. Zugleich wurde über eine Petition des Nationalliberalen Vereins in Leipzig verhandelt, die eine Verminderung der Vertreter der Grund- und Hausbesitzer in den Stadtverordnetenkollegien fordert, nach der Ständeorordnung dürfen letzteren jetzt noch bis zu zwei Drittel Anzählige angehören, ein Zustand, der die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellt. Die Erste Kammer erwies sich auch in diesem Fall absolut fortschrittlich, denn sie lehnte die Forderung rundweg ab. Die Regierung stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Trotzdem wurde ihr die Petition von der Mehrheit der Zweiten Kammer zur Erwägung überwiesen, während die Konservativen sich der Regierung und der Ersten Kammer angeschlossen.

### Kampf gegen die bayerische Kammer der Reichsräte.

Die ablehnende Haltung der Kammer der Reichsräte gegen die Regierungsvorlage auf Gewährung eines staatlichen Zuschusses zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung hat in weiten Kreisen des bayerischen Volkes, insbesondere in der Arbeiterklasse, den stärksten Unwillen hervorgerufen. „Fort mit dem Parlamentsgebäude!“ heißt daher jetzt die Losung, die auch in einem Aufruf des Landesvor-

standes der Sozialdemokratischen Partei Bayerns verfochten wird.

In dem sozialdemokratischen Appell wird gesagt: „Mit der Ablehnung wollte, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Geuerschaft gegen eine staatlich geordnete Sozialpolitik, die Mehrheit der Reichsratskammer die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftlichen Organisationen treffen. Diese Absicht ist allerdings, wie die nahe Zukunft lehrt, gründlich mißlungen, dagegen trifft der Schlag die Regierung und die Krone, deren völlige Machtlosigkeit gegen den feudal-kapitalistischen Herrschaftsklüngel vor aller Welt enthüllt wird. Dann aber sind die Leidtragenden die Armen, die schuldlos arbeitslos geworden, und ihre Familien. So offenbart sich also die christlich-monomarchische Empfindung der Reichsten im Lande für die unschuldigen Opfer der kapitalistischen „Ordnung“. So hindern sie den Staat, den sie als das Herrschaftsgebiet ihrer eigenen kapitalistischen Bereicherungskünfte betrachten, auch an dem geringsten Versuche einer organischen Milderung des Massenelends der Arbeitslosigkeit. So beweisen sie auch allen Denkenden, allen sozialpolitisch Empfindenden die Wahrheit der sozialdemokratischen Auffassung vom kapitalistischen Klassenstaat. Parteigenossen! Es gilt, an der Hand dieses ungemein aufklärenden und aufreißenden Beispiels die Erkenntnis von der Gemeingefährlichkeit einer solchen „Ordnung“ in die weitesten Kreise zu tragen. Unter der Losung: nieder mit der Reichsratskammer! soll eine umfassende Bewegung im ganzen Lande eingeleitet werden, die, gefördert von unserer Parteipresse und durch Protestversammlungen, dem nächsten Hauptziel, der Beseitigung der Reichsratskammer, zu dienen hat.“

### Kein Großblock in Baden mehr!

Der badische Großblock ist gekündigt. Bei der Beratung des Schulsatzes in der Zweiten badischen Kammer kam es zu einem scharfen Vorstoß des Genossen Kolb gegen den Kultusminister und gegen die Nationalliberalen, die sich auf seine Seite gestellt hatten. Genosse Kolb kündigte schließlich den Großblock mit der Begründung, daß die Nationalliberalen in der Erfüllung von Kulturpflichten vollkommen versagten; er proklamierte einen scharfen Kampf gegen den Minister wie seine Verbündeten, gegen Zentrum, Konervative und Nationalliberale.

Dieser Kündigung des Großblocks gingen schon an den Tagen vorher lebhaft Auseinandersetzungen voraus. Der Unterrichtsminister Dr. Böhm hatte sich dagegen erklärt, daß weiterhin freireligiöse Lehrer in die staatlichen Seminare aufgenommen werden dürfen. Die Gewährleistung der Gewissensfreiheit für solche Lehrer, die den Kindern nicht die Bibellehre von der Erschaffung des Menschen aus einem Erdklöß vortragen wollen, sei eine Unmöglichkeit im badischen Lande, weil sonst das ganze neue Elementarstudium mit seinem obligatorischen Religionsunterricht über den Haufen geworfen werden müßte; in dieser Unterrichtsnotelle habe die Regierung den „dunklen Punkt des Dissidentenparagraphen“ sehr bedauert. Denn mit der gesetzlich festgelegten Möglichkeit, daß die Kinder der aus der Kirche offiziell ausgetretenen Eltern (Dissidenten) vom Besuche des Religionsunterrichts befreit werden, sei der entsetzlichen Kirchenaustrittsbewegung, wie es sich nun zeigen werde, durch den Staat böser Vorstoß geleistet worden. Der Minister erklärte sich weiter gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Unterrichts- und Lehrmittelfreiheit der Volksschüler. Aberallhin folgten ihm die Nationalliberalen. Darauf kam es zur Blockkündigung.

Man wird keine Tränen darüber zu vergießen haben, wenn so mit Gottes Hilfe jetzt das merkwürdige badische Blockgebilde aus der Welt geschafft ist. Im Gegenteil: die Partei wird sich jetzt freier und frischer entfalten können.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 6. Mai 1911.

250. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhayn.

### Militäretat.

2. Tag.

Kogalka v. Sieberlein (K.): Wenn Herr Schulz gestern den General v. Schent als Gast der sozialdemokratischen Bevölkerung der Stadt Frankfurt a. M. bezeichnet hat, so ist das eine Anmaßung sondergleichen. (Unruhe bei den Soz. — Präsident Kampff erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.) Die rasche und flotte Art der Durchführung der Wehrvorlage hat uns in hohem Maße betriebligt. Soldatenmishandlungen werden sich niemals ganz beseitigen lassen. Politik wünschen auch wir vom Heere fernzuhalten; aber nationale Politik darf man nicht verkieben. Der Wehrverein erhebt ja manche übertriebene Forderung; aber eine solche Vereinnahmung ist doch von hohem Wert für den nationalen Gedanken. Der Redner begründet dann eine Resolution, in der verlangt wird, es mögen die durchschnittlichen Gehaltsgehälter für die Militärrenten in Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft festgesetzt werden.

Dr. Müller-Meinungen (Okt.): Die leichte Durchführung der Wehrvorlage zeigt, daß die Redensarten von der Degenerierung der Fabrikbevölkerung anzutreffend sind. In manchen Bezirksamtern wird die Küpierung nach konfessionellen Grundzügen durchgeführt. (Hört, hört! bei der Okt.) Wie denkt sich der Kriegsminister die Deckung des Mankos an Sanitätsoffizieren? Vor allem muß die soziale und gesellschaftliche Stellung der Sanitätsoffiziere gehoben werden. Der Weltfriede wird nicht durch die Fälscher, nicht durch die Juristen und Diplomaten bedroht, sondern durch die pensionierten Generale und das Rüstungskapital, das hinter ihnen steht. (Lebhafter Zustimmung links.) Die militärpolitische Lage ist keineswegs anders, vor allem nicht schlechter für Deutschland geworden. Wie bedenklich eine Herabsetzung der Forderungen für die Langzeitrenten, zeigt sich in Frankreich an den schlechten Gesundheitsverhältnissen der Armee. Das Vorgehen der Militärverwaltung im Falle Stöder ist die größte politische Torheit, die nur der Sozialdemokratie zugute kommt. (Sehr wahr! links.) Das Vorgehen der Feudalen unter Führung des Grafen Hoyt von Wartenburg gegen den Reichstag wegen der Resolutionen bei der Militärvorlage wäre lächerlich, wenn es nicht so gefährlich wäre. Die Herren treiben es offenbar absichtlich auf einen großen

Verfassungskonflikt hin. (Sehr wahr! links.) In der Verantwortung unserer Revolutionen hat die Militärverwaltung eine an Grobheit grenzende Hartnäckigkeit bewiesen. (Seitens links und sehr richtig! links.) Sie behauptet einfach, es gibt keinen Luzus in der Armee (Hört, hört! links), trotzdem bei den letzten Wehrprojekten über 100 Offiziere beteiligt waren. Und die Behauptung, daß wegen feiner religiöser Ueberzeugung beim Heere niemand zurückgesetzt wird, klingt fast wie eine Verhöhnung des Reichstages. (Sehr richtig! links.) Zuruf bei den Soz.: Das soll es auch sein! Die grausamen Militärmaßnahmen sind eher häufiger als seltener geworden. In dem energischen Vorgehen gegen sie sollte der preußische Kriegsminister sich den bayerischen zum Muster nehmen, nach dessen Erlaß mit unnachlässiger Strenge gegen Vorgelegte aller Grade vorgegangen werden soll, in deren Bereich es zu Soldatenmishandlungen kommt. Die nach dem Falle Zabern herausgekommene neue Militärverordnung ist ein wenn auch geringer Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Nach ihrem Wortlaut ist klar, daß in Zukunft allein die Zivilverwaltung die Entscheidung darüber hat, ob sie militärischer Hilfe benötigt oder nicht. Im übrigen muß diese Materie auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden. Den Kriegsminister frage ich, ob außerdem noch, wie verlautet, ein anderer Geheimverlaß besteht mit Bestimmungen über die Unterdrückung innerer Unruhen. Der Kriegsminister verneint das. (Lachen bei den Soz., Zuruf: Er ist ja geheim!) Die Stellung des preußischen Kriegsministers muß staatsrechtlich klargestellt werden. Aus der heutigen Unklarheit folgt die große Macht des Militärkabinetts, die mit der Verfassung absolut nicht im Einklang steht. (Sehr richtig! links.) Vor allem wird es darauf ankommen, die geistige und gesellschaftliche Klust, die zwischen Armee und Volk besteht, zu beseitigen und die Armee in Einklang zu bringen mit der neuen Kultur. (Bravo! links.)

Gegenscheidt (Okt.): Auch wir danken dem Kriegsminister für die großartige Leistung bei der glatten Durchführung der Militärvorlage. Die Vergleiche, die Herr Dr. Müller-Meinungen mit den Gesundheitsverhältnissen der französischen Armee gezogen hat, wären besser unterblieben. Die gesamten Verhältnisse sind ja viel zu verschiedenartig. Die Bedeutung der Wehrvorlage liegt vor allem darin, daß sie uns der allgemeinen Wehrpflicht näher gebracht hat. In der Verkümmerung der allgemeinen Wehrpflicht liegt ein schweres Unrecht. Wir wollen festhalten an den bewährten Einrichtungen unseres Heeres, an der Kommandogewalt, an der unberührten kaiserlichen Gewalt. (Bravo! rechts.)

Werner-Hersfeld (Deutsch-Völk.) rühmt den Obersten v. Keuter und bittet den Kriegsminister, sich die bessere Zivilversorgung der Unteroffiziere angelegen sein zu lassen.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Von den verschiedensten Seiten ist mir die Notwendigkeit aus Herz gelegt worden, die leider immer noch im Heere vorkommenden Mishandlungen einzudämmen. Der Redner der Sozialdemokratie hat gefragt, welche Stellung ich zu der von ihm angeführten Erklärung des Generals v. Einem, in der dieser seinen Abscheu gegenüber den systematischen Soldatenmishandlungen zum Ausdruck brachte, einnehmen würde. Ich könnte diese Frage als schwere Beleidigung betrachten, da in ihr die Unterstellung liegt, ich könnte mich zu der Sache anders stellen, als der damalige Kriegsminister und jeder Kriegsminister überhaupt. Jeder in der Armee, der an irgend einer verantwortlichen Stelle steht, hat einen Abscheu gegen diese Vergehen (Bravo!), und wir alle, vom Höchsten bis zum Geringsten, sind bemüht, sie einzudämmen. Herr Müller-Meinungen hat in diesem Zusammenhang auf eine Verfügung meines bayerischen Kollegen hingewiesen. Es gibt doch wohl niemanden hier im Hause, der glaubt, daß es bei den preussischen oder sonstigen Generalkommandos an ähnlichen Erlassen fehlt. Der Kampf gegen die systematischen Mishandlungen wird in der Armee unaufhörlich geführt, erst am Neujahrstage hat Se. Majestät den kommandierenden Generalen vor Augen geführt, wie notwendig es sei, in diesem Kampfe nicht nachzulassen. Wenn noch kein voller Erfolg erzielt ist, so liegt das daran, daß wir hierbei nicht gegen eine spezifisch militärische Eigenschaft, sondern gegen allgemeine menschliche Fehler und Schwächen kämpfen. (Sehr richtig! rechts.) Das wird durch die interessante Tatsache beleuchtet, daß in der Armee im Jahre 1910 auf 1600 Köpfe eine Mishandlung und Körperverletzung kam, daß die Zahl der Körperverletzungen allein dagegen in der gesamten männlichen Bevölkerung das Doppelte betrug. (Hört, hört! links.) Herr Erzberger meinte, er hätte aus der Presse den Eindruck bekommen, als hätten sich in letzter Zeit die Fälle schwerer Mishandlungen gehäuft. Ich muß zugeben, daß einige besonders traurige Fälle vorgekommen sind, die jeden empören müssen. Der Eindruck der Häufung beruht aber sicher nicht auf der Zahl der Fälle, sondern auf der Agitation (Aha! bei den Soz.), die mit jedem einzelnen Falle getrieben wird. Der „Vorwärts“ hat aus den letzten fünf Vierteljahren 7 Fälle von Mishandlungen durch Offiziere angeführt. Diese Zahl hat mich schon trübe gestimmt, sie erschöpft auch noch nicht alle Fälle. Über einen gewissen Trost habe ich darin gefunden, daß in dem ersten Vierteljahr d. Js. in 9 Fällen an Offiziere wegen Lebensrettungen Auszeichnungen verliehen wurden. Diese Fälle habe ich im „Vorwärts“ nicht gefunden (Zuruf b. d. Soz.: Doch!), obwohl sie in der Lokalpresse ebenso gut veröffentlicht worden sind, wie die der Offiziere, die sich leider vergessen haben, ihre Untergebenen vor schrittswidrig zu behandeln. Das zeigt doch, daß es denjenigen, die solche Veröffentlichung betreiben, auf nichts anderes ankommt, als auf die Verhöhnung. (Unruhe b. d. Soz.) Würden Sie auch diese Daten veröffentlichen, so würden Ihre Leser ja dahinter kommen, daß im Heer und im Volk in gleicher Weise Licht und Schatten besteht. (Zurufe b. d. Soz.: Wir werden Ihre Rede bringen!) Ich würde Ihnen dankbar sein. Aber Sie tun es nicht. (Zuruf b. d. Soz.: Doch!), weil Sie Ihren Lesern nicht zeigen wollen, daß wie im Volk, so auch im Heer, Licht und Schatten besteht. Daß wir bestrebt sind, den Schatten im Heere in Licht zu verwandeln, daß wir, in dem Bestreben, die systematischen Mishandlungen einzudämmen, nicht nachlassen werden, das bitte ich mir zu glauben. (Bravo! rechts.) Ich spreche von systematischen Mishandlungen, denn zwischen einer solchen und einem gelegentlichen Knuff oder Stoß besteht doch ein ungeheurer Unterschied. (Sehr richtig! rechts.) Dann wurden die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch im Heere besprochen. Die bisherige Vorschrift gründete sich auf eine Kabinettsordre, die fast ein Jahrhundert in Kraft gewesen ist, ohne daß ein einziges Beispiel mißbräuchlicher Anwendung vorgekommen ist. Diese Feststellung sollte schon genügen, um die gegen sie erhobenen Vorwürfe als Uebertreibung zu kennzeichnen. Daß Sie im Geiste staatlicher Gesetzgebung und Ordnung gehandelt worden ist, ist neben den militärischen Befehlshabern auch den Zivilbehörden und der Bevölkerung zu danken, an denen Ordnungsinn und Staatsgefühl alle antinationalen und antimilitaristischen Wühlereien noch für lange Zeit nichts ändern werden. (Lachen b. d. Soz.) Man kann daher im Zweifel sein, ob ein wichtiger Grund zur Änderung der Dienstvorschrift bestand. Aber heute genügt der Welt nicht mehr, daß eine Bestimmung sich bewährt, sie soll auch allen theoretisch konstruierten Fällen angemessen sein. Dieser Forderung genügt die Vorschrift nicht, sie enthält einige selbstverständliche Befugnisse des Militärs überhaupt nicht, wahr-

# Greuelkaten einer Schand-Regierung.

New York, den 23. April 1914.

Um der blutrünstigen Gewalttätigkeit Huertas ein Ende zu machen und die Ehre der Vereinigten Staaten zu wahren, so erklärte der Präsident Wilson in seiner Montagsansprache an den Kongress, müßten die Vereinigten Staaten den Zwischenfall von Tampico ausnützen und mit Waffengewalt in Mexiko einschreiten. Nun! Huerta und seine Soldaten, Villa und seine Freischar, Zapata und seine Küberbänder zusammen, haben seit der Ermordung Maderos bei weitem nicht soviel brutale Gewalttätigkeit, bestialische Morde und blutige Niedertracht gegen Nicht-Kombattanten an den Tag gelegt, wie die Miliz des Staates Colorado im Kohlenrevier Trinidad im Dienste der Petroleumdynastie Rockefeller gegen streikende Bergleute und deren Familien. Tiefer kann die Ehre der Vereinigten Staaten überhaupt nicht mehr in den Röt gezogen werden, als durch das Schandregiment in Colorado.

Derselbe Wilson, welcher im Namen der „Humanität“ und des „Rechts“ den sichersten unheilswangeren Krieg mit Mexiko vom Zaun brach, hat es der wahren Humanität, dem natürlichen und geschriebenen Rechte und seiner in der Bundesverfassung ausdrücklich niedergelegten Pflicht zum Trost bis jetzt noch nicht der Mühe wert gehalten, als verantwortliches Oberhaupt der Vereinigten Staaten in Colorado zu intervenieren, obwohl die kürzlich durchgeführte parlamentarische Untersuchung erneut über jeden Zweifel feststellte, daß Gesetz und Verfassung von dem Gouverneur Ammons, von den Behörden, von der Miliz, von der Rockefeller'schen Colorado Fuel and Iron Co. und den von dieser als „Privatpolizisten“ gedungenen Mörderbänden mit Füßen getreten werden; daß die ausländischen Bergleute, ihre Frauen und Kinder Freiwill sind, das von dem Uebermut der Rockefeller'schen Dividendengier dienenden „Ordnungs“-Banditen straflos niedergeknallt oder eingekerkert und ohne jede prozedurale Formalitäten hinter Gefängnisgittern verwahrt wird.

Die am 23. September begonnene Arbeitsentstellung wurde von einer ununterbrochenen Reihe von Greuelkaten begleitet. Aber gekrönt wurde das infame Treiben durch das Massen-Mutabafé, welches die Götendienere des Rockefeller'schen Ammons am vorigen Montag veranstalteten.

Die Bergwerksgegend von Ludlow und Trinidad gehört fast in ihrer ganzen Ausdehnung der Colorado Fuel and Iron Co., deren Aktien sich zur Hälfte im Besitze von Bankiers und andern reichen Bewohnern der Stadt Denver befinden. Nur in den der Zechen gehörigen Arbeiterwohnungen können die Grubensklaven ein Unterkommen finden. Von dort ermittelt, bezog eine Anzahl Ausständiger mit ihren Familien in den Bergen zwischen Delagus und Hastings ein Zeltlager. Dasselbe befand sich nicht auf dem der Colorado Fuel and Iron Co. gehörigen Grund und Boden. Daher war es auch trotz der Schreckensherrschaft wochenlang unbelästigt geblieben.

Da erklärte John D. Rockefeller jr., der würdige Kronprinz des durch Anwendung „vornehmer“ Mittel zu seinem Milliardenvermögen gelangten Petroleumkönigs John D. Rockefeller, am 6. April bei seiner Berechnung vor dem mit einer Untersuchung des Bergarbeiterausstandes betrauten parlamentarischen Ausschusse, er billige im voraus jede, auch die härteste Maßnahme der Zechenverwaltung. Lieber wolle er die in Aktien der Colorado Fuel and Iron Co. angelegten Millionen bis auf den letzten Cent verlieren, als das Organisationsrecht der Bergleute anerkennen oder ihre Forderungen erfüllen.

Das war ein Wink, der von den Gewaltthabern in Colorado verstanden wurde. Hatten die von der Baldwin-Detectiv-Agentur gelieferten Privatpolizisten schon vorher massenhaft Aufnahme in die Staatsmiliz von Colorado gefunden, so wurden sie in der Folge fast ausnahmslos in die Uniform gesteckt.

Sein in dem Bergwerk angelegtes Geld zu verlieren, war trotz aller pomphaften Erklärungen noch niemals Rockefeller's Absicht.

Angesichts der parlamentarischen Untersuchung sah sich der Gouverneur Ammons genötigt, die wiederrechtlich in Gefangenschaft gehaltene, als „Rutier Jones“ bekannte Genossin Mary Jones freizulassen und die Verberufung der Miliz aus dem Streikgebiet zu verjagen. Der größte Teil der „Krieger“ war schon ausgangs voriger Woche aus der Gegend von Ludlow und Trinidad abgezogen. Wenn Rockefeller die ausständigen Kohlengräber klein kriegen wollte, müßten seine Kreaturen rasch handeln.

So eröffnete eine Kompanie Miliz am letzten Montag auf das oben erwähnte bei Delagus gelegene Zeltlager ohne jede ersichtliche Veranlassung Feuer. Sie verwendete als Kleingewehr mit Sprengstoffen gefüllte Hahlfugeln, deren Benutzung nach der Genfer Konvention im Kriege verboten ist. Die Zeltkolonie ging in Flammen auf. Wer dem Feuertode zu entkommen versuchte, wurde mit Maschinengewehren und Gewehren niedergeknallt oder in den Rauch und den Brand zurückgetrieben. Selbst zarten Kindern und schwangeren Frauen wurde von den „Helden“, deren Brust der Tatendrang und die Erklärung Rockefeller's des Jüngeren spannten, kein Pardon gegeben. Nur ein Teil derjenigen, welche vor der völligen Umzingelung der Zeltkolonie die Flucht ergriffen, kam mit dem Leben davon. 45 halberlochte Leichen, meistens solche von Frauen und Kindern, wurden bis gestern Abend unter den rauchgeschwärmten Trümmern der „Wasslati“ gefunden, obwohl die Miliz nach der Niederbrennung und „Eroberung“ des Zeltlagers Dynamit anwendete, um die Toten in die Luft zu sprengen, und diesen Zweck sicherlich teilweise erreichte.

Auch die verhassten kapitalistischen Organe, wie die „New York Times“, diese verbörrte, amerikanische Ausgabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, auf die schon das bloße Wort „Gewerkschaft“ wirkt wie ein rotes Tuch auf den Stier, die im Lügen und Falschen gegen die Arbeiterkämpfer das Unmögliche leisten, müssen eine Reihe bezüchtender Einzelheiten melden. So sank Frau Marcelina Pedragon, die, einen Säugling auf dem Arme, aus dem in Flammen stehenden Zeltlager fliehen wollte, von einer Mützel getroffen, tot nieder. Nicht kesser erging es dem Bergmann Lewis Titas, als er eine Gruppe von Frauen und Kinder nach einer nahen, Sicherheit und notwendiges Obdach gewährenden Bergschlucht geleiten wollte. Titas hatte, um zu zeigen, daß er unbewaffnet ist, beide Hände hochgehoben. Frank Snyder, der zehnjährige Sohn eines Bergmannes, und sein noch jüngeres Schwesterchen mußten trotz aller Fluchtversuche umkommen.

Ein Schrei der Empörung ging durch das Streikgebiet und, als die Wahrheit gestern wenigstens teilweise bekannt wurde, auch durch die Vereinigten Staaten. Der Präsident Wilson wurde von John White, dem Präsidenten des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, telegraphisch angegangen, pflichtgemäß eventuell unter Verwendung von Bundesmilitär gezielte Zustände in Colorado herzustellen. Die deutsche Sprachgruppe der Sozialistischen Partei unterrichtete den Präsidenten Wilson, wenn er nicht dem Mordregiment in Colorado ein Ende bereite, werde sie alles daransetzen, die vergewaltigten Bergleute mit

jeden Dienst mit der Waffe mit Gel und Abküssen zu erfüllen. (Hört, hört! rechts.) Müßten sie sich dann zum Militärdienst stellen, so werden sie zur Desorganisation der Armee schon das Nötige beitragen. (Hört, hört! rechts.) Sorgen wir dafür, daß die internationale Jugendbewegung in antimilitaristischem Kampf eine ehrenvolle Rolle spielt.“ Wenn aus diesen Worten kein Haß spricht, weiß ich nicht, was Haß ist. Ich gebrauche diese Worte, um auf den Fall Eläder zu kommen. (Aha! h. d. Soz.) Entsprechend dieser Vorchrift hat der junge Mann vom 17. bis 20. Lebensjahre seine Agitation betrieben. (Zuruf b. d. Soz.: Was hat er begangen? Talsachen!) Wir können in der Armee nicht Leute brauchen — nicht Leute als Einjährige brauchen (Aha! und Hitt. b. d. Soz.), die eine solche Unterwühlung der Grundlagen der Armee im Auge haben. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut ist geschaffen, um der Armee im Kriege die Führer zu liefern. Wir müssen sie entweder zu Offizieren oder Unteroffizieren ausbilden. Wenn wir derartige Agitatoren in führende Stellen der Armee bringen, würden wir uns selbst lächerlich machen. (Zuruf b. d. Soz.: Deshalb bricht man das Gesetz!) Dagegen muß ich mich verwahren. In unserem Gesetz steht drin, daß diejenigen, die nicht die nötige moralische Qualifikation besitzen, nicht zum Einjährigendienst zugelassen werden sollen. Da handelt es sich nicht um Sittlichkeit oder Unfähigkeit. (Zuruf b. d. Soz.: Moral heißt Sittlichkeit!) Die Bestimmung kann nur ausgelegt werden im Sinne unserer Heeresverfassung. (Widerpruch bei den Sozialdem.) Es ist gesprochen worden von der sehr üblen Preßkampagne aus Anlaß der Übungen in Thüringen. In der neulichen Anfrage im Reichstage, ob bei einem Infanterieregiment in Stralsburg soundsoviel Leute sich das Leben genommen hätten, glaubte ich, einen Teil dieses Geistes zu sehen, der in den Preßereignissen vom Herbst hervorgetreten ist. Deshalb habe ich meinen Herrn Kommissar instruiert, so zu antworten. (Bravo! rechts.) Herr Schulz sagt, die Sozialdemokraten wollten nichts Schlimmes. Aber in demselben Atemzug bekennet er sich als Sozialdemokrat zur Republik. Unser Heer aber ist auf monarchischer Grundlage aufgebaut (Lebhafte Oh!-Rufe bei den Soz.), und da wundern Sie sich, wenn ich gegen ihre Agitation und Hege hier aufträte. (Lebhafte Oh!-Rufe und Rufe: Hege?! bei den Soz.) Ich meine, Hege außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.) Herr Schulz zitierte auch die Geister von Gneisenau, Scharnhorst und Boyen. Diese Männer bauten auf, Sie aber vergrößern unsere Fehler und verheizen das Volk. (Zuruf bei den Soz.) Verzeihung, der Ausdruck ist mir entfallen, aber ich muß doch meinen Standpunkt vertreten. Schließlich meinte Herr Schulz, wir könnten in Zukunft nicht mehr mit demselben Heer in den Krieg ziehen wie früher. Wenn das heißen soll, wir könnten zufolge der Fortschritte der Kultur nicht mehr mit demselben Vertrauen in den Krieg ziehen wie unsere Väter 1870 und 1871, so kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. (Große Heiterkeit.) Aber es ist nicht wahr, unsere Soldaten sind Deutsche, gleichgültig, ob sie aus sozialdemokratischen oder anderen Familien stammen, und sie werden mit deutscher Mannhaftigkeit kämpfen. (Lebh. Bravo! rechts.) Herr Müller-Meinungen sprach von der Stellung des Zivilkabinetts und des Kriegsministeriums. Jedes hat sein besonderes Arbeitsgebiet. Der Kriegsminister und der Chef des Zivilkabinetts sind ja auch nicht allein in der Welt, wie die beiden Löwen in der Wüste, die sich auftrafen bis auf die Schwänze. (Gr. Heiterkeit.) Sondern über ihnen steht der König von Preußen. (Bravo! rechts.) Würde übrigens das Zivilkabinet dem Kriegsministerium angegliedert, so würde der Kriegsminister, soweit es sich um die Befugnisse des Zivilkabinetts handelt, doch nur dem König verantwortlich sein und nicht dem Reichstage. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Redner verliest eine längere Darlegung über das innere Verhältnis der beiden Behörden und schließt: Allein dadurch, daß das preußische Heer dem Parteigetriebe, der Einwirkung ehrgeiziger Parteiführer entrückt wurde, und allein dem König untersteht, ist es geworden, was es ist, der sichere Hort des Friedens nach außen und innen. (Lebh. Beifall rechts.) Es wäre eine Verblendung, wenn man daran denken wollte, an diesem Grundpfeiler unseres Heeres zu rütteln. (Lebh. Beifall rechts.)

Dr. Haegy (Elf.) bezeichnet es als eine Verleumdung, daß im Elsaß das Volk gegen das Heer aufgehetzt werde; der Bevölkerung sei in Zabern schweres Unrecht geschehen.

Ein Generalmajor bemerkt auf die gestrigen Beschwerden des Abg. Dombek über den Nichtgebrauch der polnischen Sprache bei der Seeförderung, daß bei der geringen Zahl polnischer Soldaten besondere polnische Geiseln nicht vorgezogen seien.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Liebknecht (SD.): Der Kriegsminister zitierte eine Rede von mir auf der Internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart 1907, wenn er mich auch nicht genannt hat. Aber eine andere Rede über unsere Stellung zum Militarismus ist doch nicht gehalten worden. Ich stelle fest, daß ich die zitierten Meinungen nicht gebraucht habe. Ich habe gesprochen von einer Zermürbung und Zerfetzung des militaristischen Geistes, nicht des militärischen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe weder die Worte „Abküssen“ oder „Gel“ noch irgend einen der Kraftausdrücke gebraucht, mit denen er paradiert hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Es handelt sich um eine ganz überlegte Täuschung von Leuten, denen daran gelegen ist, meine antimilitaristische Propaganda zu diskreditieren. Ich habe stets scharf unterschieden zwischen militärisch und militaristisch. Es kann sich nur um Spitzelnachrichten handeln, um Köstigen von bewußten Fälschungen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Meine Angaben über das Protokoll der sozialistischen Jugendorganisation in Stuttgart 1907 habe ich so vorgelesen, wie sie mir zugegangen sind. (Zuruf bei den Soz.: Das hat niemand bezweifelt!) Das Material ist leider schon weg. Ich hätte es nicht weggeschickt, wenn Herr Liebknecht mir vorher mitgeteilt hätte, daß er darauf zurückkommen würde.

Dr. Liebknecht (SD.): Dieser Vorwurf ist unbedeutend. Vielmehr könnte ich dem Kriegsminister vorwerfen, daß er mir nicht vorher mitgeteilt hat, daß er die Sache zur Sprache bringen will. Sein Verfahren kann er um so weniger gebilligt werden, als über diese internationale Jugendkonferenz ein offizielles Protokoll erschienen ist (Hört, hört! bei den Soz.) und auch in den Tageszeitungen veröffentlicht ist. Ich konstatiere also, daß der Kriegsminister aus reinen Spitzelquellen geschöpft hat. (Zuruf rechts: Das weiß man noch nicht!) Das kennzeichnet die ganze Art seiner Polemik. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Schulz (SD.) Ich habe keineswegs die Bestrebungen der Heeresverwaltung, für alte Offiziere zu sorgen, verhöhnt. Allerdings habe ich darüber geäußert, daß der Kriegsminister Offiziere, die er für seinen Dienst nicht mehr für brauchbar hält, für die Arbeit in Handel und Industrie noch für gut genug hält, und ich habe darüber geäußert, daß Sie (nach rechts) wohl Mitleid empfinden für alte Offiziere, aber nicht für arbeitslose Arbeiter.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Beobachtungswelle, Fortsetzung des Militärkretats.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

deshalb nicht, weil man sich in der guten alten Zeit schonte, solche Selbstverständlichkeiten drucken zu lassen. (Hitt. rechts.) Auch gab sie die Befugnis zum Eingreifen des Militärs in einer Form, die allerdings zu unerwünschten Auslegungen führen konnte. Deshalb hat der Kaiser in Anwendung seines ausschließlichen Rechtes, Dienstvorschriften zu erlassen, eine neue Bearbeitung der Bestimmungen angeordnet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Sie gilt für Preußen sowie für die unter preussischem Kommando stehenden Kontingente, und für alle in den Reichslanden stehenden Truppen. Sachen gedenkt die neuen Vorschriften, soweit mir bekannt ist, zu übernehmen. Wie Bayern und Württemberg sich dazu stellen werden, ist mir noch nicht bekannt. Ein Eingreifen des Militärs darf nur infolge eines Erlusses der Zivilbehörde erfolgen oder wenn bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Anforderung ergehen zu lassen. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß nicht etwa Belagerungszustand oder Krieg besteht. Dies bedeutet eine völlig klare Abgrenzung der Befugnisse der Militär- und Zivilgewalt. Es liegt hier nicht die Absicht zugrunde, die Mitwirkung des Militärs bei Unterdrückung von inneren Unruhen auch da auszuschließen, wo sie schwerer als sonst zu verhindern, nötig werden sollte. Wohl aber war die Absicht maßgebend, das Recht und die Pflicht der Zivilbehörden selbständig und unabhängig für Ordnung zu sorgen, solange sie überhaupt verfügungsfähig sind, nicht zu beeinträchtigen. Im übrigen ist es ausschließlich Sache der einzelnen Militärbefehlshaber, im gegebenen Falle zu beurteilen, ob die Bedingungen, die die Vorschriften, sich streng an die Gesetze bindend, aufgestellt hat, vorliegen oder nicht. Sie werden ihre Entschließung vor dem König und dem Gesetz zu verantworten haben, niemand kann ihnen dabei helfen als ihr eigenes Gewissen und ihr Pflichtgefühl. Ich zweifle aber keinen Augenblick, daß jeder deutsche Militärbefehlshaber getragen von dem Bewußtsein, daß die ihm anvertraute Macht die ultima ratio des Heeres und zugleich des Vaterlandes ist, sich auf Grund der neuen Vorschriften zu benehmen wissen wird, wie es zum Heile der Ordnung und des inneren Friedens nötig sein wird. (Bravo! rechts.) Mit dem Wehrverein steht die Heeresverwaltung in keinerlei Beziehung. Sie lehnt es entschieden ab, irgendwie für ihn verantwortlich gemacht zu werden, oder dazu gebraucht zu werden, einen Einfluß auf ihn auszuüben. Wahrscheinlich würde übrigens ein solcher Versuch kläglich ablaufen, denn soweit ich unterrichtet bin, sind die Herren vom Wehrverein auf ihre Unabhängigkeit ganz außerordentlich stolz. (Hitt.) Das allgemeine Ziel des Wehrvereins, Hebung der Wehrkraft des Reiches, deckt sich allerdings mit den vornehmsten Aufgaben der Heeresverwaltung. Daher wäre es geradezu unnatürlich, wenn die Heeresverwaltung, anstatt sich dem Wehrverein gegenüber völlig neutral zu verhalten, ihm feindselig gegenüber stellen wollte. Die Tatsache, daß die Heeresverwaltung und der Wehrverein nichts miteinander zu tun haben, ändert natürlich auch daran nichts, daß die führenden Mitglieder des Wehrvereins kameradschaftlich noch jetzt zur Armee gehören, solange sie nicht Ungehöriges tun, und daß ihre Tätigkeit im Wehrverein etwas Ungehöriges ist, wird selbst Herr Müller-Meinungen nicht behaupten wollen. (Hitt.) Es ist mir deshalb unerträglich, wie man von uns verlangen kann, daß die Armee jene alten Offiziere von sich abschneide, also kameradschaftlich oder gesellschaftlich horkottiert. Wer das fordert, weiß nicht, wie stark die Bande sind, die sich um die Armee und ihre alten Kameraden schließen, (Hört, hört! b. d. Soz.) ich meine die Treue und Kameradschaftlichkeit und die Dankbarkeit für das, was die Alten für uns geleistet haben. (Bravo! rechts.) Im übrigen wird jeder Versuch, Politik in die Armee zu tragen, von uns abgewehrt. Sollte in der Versammlung des Wehrvereins in Stralsburg von politischen Fragen gesprochen worden sein, so wird keiner mehr seine Anwesenheit dort dauern haben, als General Deimling und die anwesenden Offiziere. (Na, na! b. d. Soz.) Die Forderung nach eigenen Stuben für Unteroffiziere wird nach Möglichkeit durchgeführt. Ueber die Beförderung der Sanitätsoffiziere schweben Erwägungen. Eine soziale Hebung haben sie nicht nötig, ihre Aufnahme in Kameradenkreisen ist genau dieselbe wie bei anderen Offizieren. (Na, na! links.) Die Forderung, die Herr Erzberger verlangt, daß das Presseverbot nicht zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden soll, ist hiermit gegeben. (Hitt.) Solange ich Kriegsminister bin, wird das nicht geschehen. (Zuruf b. d. Soz.: Wie lange denn? Hitt.) Unangenehm hat es mich berührt, daß der Abg. Schulz mit Sohn sprach darüber, daß wir versuchen, unseren alten Offizieren, die im Dienst des Vaterlandes ihre Gesundheit geopfert haben, ein besseres Auskommen oder Beschäftigung zu verschaffen. (Abg. Schulz: Ist mir nicht eingefallen!) Die Behauptung des Abg. Dombek, daß das Verbot der polnischen Sprache in der Armee Angehörige eines polnischen Soldaten verhindere, im Lazarett mit ihm polnisch zu sprechen, brauche ich nicht zu erwägen. Abg. Dr. Müller-Meinungen sprach von einer Kabinettsordre, die früher schon Herr Ledebour angeführt hat, wo es heißen soll: Sie sind es, die die Bürger, nicht ich, die die Armee unterhalten! Es ist schon 1895 festgestellt worden, daß diese Kabinettsordre eine Fälschung ist. (Zuruf b. d. Soz.: Schade!) Sie war nicht nötig, was da drin steht, weiß jeder Offizier. Abg. Müller-Meinungen sprach von Mustern nach Konfession. Diese Nachricht klingt mir so abenueerlich, daß ich kaum wage, sie zu glauben. Ich bitte ihn um das Material, jedenfalls wird die Heeresverwaltung solche Vorgänge abstellen. Die Absicht, die parlamentarischen Rechte einzuschränken, liegt uns vollkommen fern. Ich wünschte nur, daß auf der andern Seite für wohlbegründete Rechte dieselbe Achtung bestände, die in der Heeresverwaltung für die Rechte des Parlaments lebendig ist. (Unruhe links.) Es wurde wieder gefordert, daß bei den Einberufungen zur Kriegsakademie die Garde vor der Linie bevorzugt werde. Diese Frage hat den Generalstab im vorigen Jahre zu einem ganz verkehrten Versuch bewegt. Es wurden nämlich Vorkehrungen getroffen, daß alle Arbeiten ohne Namen und ohne jedes Zeichen den Examinatoren zugehen. Das Resultat war leider, was viele vorausgesehen hatten, daß von der Garde wieder mehr herbeikam. Das ist auch nicht überzähend, es ist eben seit alter Zeit in diesen Regimentern der Zug nach wissenschaftlicher Ausbildung besonders stark. (Sturm. anhaltende Hitt. links.) Abg. Müller-Meinungen hat die ehrengerichtlichen Verordnungen einen Hohn auf die Gerechtigkeit genannt. Ich bitte ihn (mit erhobener Stimme), sich zu erinnern, daß diese Verordnungen augenblicklich zu Recht bestehen, und daß es nicht anmessen ist, zu Recht bestehende dienstliche Vorschriften mit derartigen Ausdrücken zu belegen. (Erneutes schallendes Gelächter links. Der Redner versucht das Gelächter zu überschreiten.) Ich kann doch meine Stellung darlegen. (Abg. Ledebour: Nur immer feste drück! Sturm. Hitt.) Ueber den Geheimverlaß, von dem Herr Müller sprach, muß er mir Hinweise geben, dann werde ich darauf antworten. Ich habe keinen erlassen. Abg. Schulz hat bestritten, daß die Sozialdemokratie Haß gegen das Heer nütze. In dem Protokoll für die sozialistische Jugendorganisation, Stuttgart 1907 heißt es: „Vor allem soll der militaristische Geist des deutschen Volkes zermürbt und zerfetzt werden (Hört, hört! rechts), wozu die Jugendvereine ganz besonders geeignet sind. In diesem haben wir die jungen Leute gegen

